

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich 80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg. Nichterbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeiger Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 30 Pfg. für die gespaltene Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen vorherige Einfindung des Betrages aufgenommen. „Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 35.

Sonnabend, den 1. September 1906.

10. Jahrgang.

Verbandsmitglieder!

unterstützt in finanzieller Hinsicht unsere seit 13 Wochen im Streik stehenden Kollegen im Muschelkalkgebiet. Wir appellieren an das Solidaritätsgefühl unserer Kollegen, um den Ausständigen einen wöchentlichen Zuschuß zur statutarischen Unterstützung zahlen zu können!

Schnelle Hilfe ist doppelte Hilfe!

Das rigorose Unternehmertum bietet alles auf, um die im Kampfe stehenden Kollegen niederzuringen. Wenden wir alle Kräfte an, um die brutale Rücksichtslosigkeit der Unternehmer zu brechen.

Alle Geldsendungen sind an den Zentralkassierer Ludwig Geist, Leipzig, Zeiger Str. 32, IV., zu richten.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperert sind: **Münster:** Blas Moseker. **Kloster Metten** (Niederbayern): Firma B. Adler u. Co. **Köln:** Dombau. **Rothenburg a. d. Tauber:** Die Schardschen Betriebe. **Wauzen:** Firma Benker. **Kaiserslautern:** Blas Helfrich. **Ufen:** Firma und Mensing. **Schmalkalden:** Blas Kellermann. **Kenzingen:** Blas Diesbacher. **Mainz:** Blas Behrlaut (Kunststeinfabrik), weil Kollegen auf Grund der schwarzen Listen nicht eingestellt resp. entlassen wurden.

Treunfurt. Die Sperre bei Winterfeld ist aufgehoben. Alle arbeitssuchenden Kollegen haben sich, bevor sie hier um Arbeit nachsuchen, an den Vertrauensmann zu wenden.

Mainz. Streik dauert fort.

Mannheim. Der Streik der Marmorarbeiter, Firma Schmüller, dauert fort. Zugang ist deshalb fernzuhalten.

Würzburg. Der Streik im Kalksteingebiet von Würzburg und Umgebung dauert unverändert fort. Die Firma Wainland-Steinwerke hat in Ebelsbach Streikbrecher für das Kalksteingebiet angeworben, weshalb ein jeder Kollege erluchtet wird, Zeil und Ebelsbach bis auf weiteres streng zu meiden. Die Steinarbeiter allerorts werden ersucht, bei Zumutung der Anfertigung von Kalksteinarbeit dem Zentralvorstande sofort Mitteilung zu machen.

Amorbach. Bei der Firma Hüttig (roter Sandstein) dauert der Streik unverändert fort.

Kürnberg. Die Ausbuddung im Baugewerbe dauert fort, teilweise werden dadurch auch die Steinmengen getroffen.

Oberdorf (Thüringen). Stand des Streiks unverändert.

Mühlhausen (Thüringen). Der Streik der Kalksteinarbeiter dauert fort.

Neuenstein (Württemberg). Bei der Firma Geprägs stehen die Kollegen im Streik. Arbeitswilligendienste verrichten die Herren Friedrich Thaler und Georg Koppenhöfer.

Eine vernünftige Entscheidung.

Wie die Soziale Praxis mitzuteilen weiß, hat das Reichsgericht entschieden:

1. Boykott oder Streik im Lohnkampf sind nicht rechtswidrig. Die Unternehmer können Ersatz der Verluste, welche sie infolge derselben erleiden haben, nicht verlangen.

2. Darin, daß ein Verein von Arbeitnehmern, der in einen Lohnkampf zur Erreichung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen eingetreten ist, in Gemäßheit seiner Satzungen denjenigen seiner Mitglieder, die sich am Kampfe nicht beteiligen würden, lediglich den Verlust ihrer Mitgliedschaft in Aussicht stellt, ist eine Drohung im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung nicht zu finden.

3. Es ist keine durch § 153 der Gewerbeordnung verbotene Drohung, wenn die Partei, welche durch ein erlaubtes Kampfmittel günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen strebt, den Gegnern die bevorstehende Anwendung dieser Kampfmittel ankündigt und dadurch auf deren Entschließung über die Streitfragen einzuwirken sucht.

4. Es verstößt nicht gegen die guten Sitten, wenn Arbeitnehmer zur Erreichung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen und zur Beseitigung von Zuständen und Einrichtungen, durch welche sie sich beschwert fühlen, die Mitwirkung weiterer Kreise des Publikums durch die Presse oder durch Flugblätter anrufen.

Ueber diese Reichsgerichtsentscheidung macht die bürgerliche Presse einen ungeheuren Lärm. Die Arbeitgeberzeitung ist ganz aus dem Häuschen, sie will in ihrer nächsten Nummer gegen diese Entscheidung energig Stellung nehmen. Wir als Gewerkschaftler betrachten diesen Nichterspruch des höchsten deutschen Gerichtshofs als geradezu etwas Selbstverständliches. Bisher wurde derjenige, der als Arbeitervertreter den Streik eventuell in Aussicht stellte, einfach wegen Erpressung unter Anklage gestellt, und meist auch, nach der Spruchpraxis der deutschen Gerichte, exemplarisch bestraft. Es ist ganz natürlich, daß bei Unterhandlungen mit den Unternehmern die Gewerkschaftsvertreter erklären: „Nun, wenn unsere Forderungen nicht zum Teil bewilligt werden, dann treten die Verbandsmitglieder eben in den Streik.“ Diese Rede-wendung wird nach echt deutscher juristischer Definition

einfach unter Anklage gestellt. In solchen Fällen findet ohne viel Federlesens der § 253 des Strafgesetzbuchs (Erpressung) seine Anwendung.

Besonders charakteristisch war die Beurteilung gegenüber dem Kollegen Staudinger. Staudinger soll in einer 2½stündigen Unterredung mit dem Unternehmer Schall das Wort „Gegenmaßregeln“ gebraucht haben. Der Unternehmer und sein Buchhalter definieren aus diesem Wort einen „eventuellen Streik“ heraus, der Staatsanwalt macht sich diese eigentümliche Argumentation zu eigen, der Gerichtshof ebenfalls, und die Beurteilung wegen Erpressung erfolgte.

Nun, wir hoffen, daß die eingelegte Revision beim Reichsgericht von durchschlagendem Erfolg sein wird, die veröffentlichte Reichsgerichtsentscheidung kommt uns deshalb wesentlich zu statten.

Daß es bisher in Deutschland eine Klassenjustiz schon gab, scheint dem größten Schatzkammerblatt der Post, nun auch einzuleuchten. In dem publizierten Reichsgerichtsentscheid schreibt sie:

Im Kampfe gegen die Sozialdemokratie und Gewerkschaften können die Gerichte ja nicht viel tun, da es sich um einen politischen Machtkampf handelt. Man muß aber von ihnen doch erwarten, daß sie wenigstens nicht unter völliger Ignorierung des praktischen Lebens Grundsätze aufstellen, welche bestehende gesetzliche Verbote unwirksam machen und zu faktischer Rechtslosigkeit führen.

Der Post ist die bisherige Spruchpraxis, die gegenüber Gewerkschaftern und Parteigenossen geübt wird, noch zu lax, die Gerichte müssen mehr gegen die Arbeiter tun, das heißt, bei allen Gelegenheiten, wo der Staatsanwalt Gelegenheit findet einzugreifen, das höchste Strafmaß auszuwerfen. Wie heißt doch ein bekannter Grundsatz: „Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich.“ In den Hallen der Gerichte haben die Arbeiter bisher davon wenig verspürt. Die Post schreibt dann weiter:

Gerlichen Zuständen gehen wir entgegen, denn das Reichsgericht hat das rückwärtsloseste wirtschaftliche bellum omnium contra omnes (Krieg aller gegen alle) als Rechtsgrundsatz anerkannt. . . . Die „Genossen“ werden also noch viel frecher und dreister als bisher schon bei Streiks die Arbeitswilligen, denen sie mit Ueberredung und Gewalt nicht beikommen können, auszuhebeln versuchen, indem sie allen von sozialdemokratischer Arbeiterfundschaft abhängigen Kräften, Wirten, Bäckern und Kaufleuten unter Androhung des Boykotts verbieten, irgend etwas an oder für Arbeitswillige zu verkaufen, wie es vor wenig mehr als Jahresfrist schon in Hannover mit Erfolg geschehen ist. Was bedeutet denn der „Verlust der Mitgliedschaft“ bei sozialdemokratischen Organisationen anders, als völlige Brotlosigkeit, als Ausschließung aus der Gemeinschaft und jedem Verkehr mit den Berufs- und Standesgenossen. Wo die Sozialdemokratie das Heft in der Hand hat, ist ein so ausgeschlossener vollständig verfehmt. Wo er in Arbeit tritt, legen alle „Genossen“ sogleich die Arbeit nieder und nehmen sie nicht eher wieder auf, bis der Verfehmte entlassen wird. Tritt er in ein Wirtshaus, so sieht er im günstigsten Falle allein an seinem Tische, gemieden von allen andern Gästen, wie in früheren Jahrhunderten der Genfer. In den meisten Fällen wird ihm aber überhaupt nichts verabfolgt und der Wirt ersucht ihn nicht gerade in der höflichsten Weise, sein Lokal zu verlassen und künftig zu meiden. Auf der Straße weicht ihm jeder „Genosse“ aus, spuckt wohl gar offentatib vor ihm aus, die Frauen und Kinder der „Genossen“ rufen ihm Scheltworte nach und werfen mit Steinen nach ihm, wie nach einem Hunde. Wie viel seelische und physische Qualen ein solch unglücklicher Mensch, den „lediglich der Verlust seiner Mitgliedschaft“ betroffen hat, dulden muß, ist gar nicht zu beschreiben. Er muß auswandern nach einem Orte, wo die „Genossen“ noch nicht allmächtig sind, oder er muß zum Verbrecher werden, wenn er bleibt und nicht verhungern will, da er auf ehrliche Weise sein Brot nicht mehr erwerben kann.

Stellt man sich vor, was in Wahrheit ein Verlust der Mitgliedschaft bei sozialdemokratischen Organisationen bedeutet, so heißt das In-Aussicht-Stellen dieses Verlustes auf gut deutsch: Du wirst brotlos gemacht und außer Handel und Wandel gesetzt, du bist verfehmt und geächtet von bisherigen Freunden, beschimpft, gemieden und verachtet von allen Standesgenossen, wie deren Frauen und Kindern; wo du bist, da kann kein anständiger Arbeiter verweilen, denn du giltst als ein Auswurf der Menschheit, wenn du nicht gefügig bist.

Wir haben den Erguß der Post so ausführlich wiedergegeben, um zu zeigen, wie es in dem Gehirn eines reaktionären Zeitungsschreibers aussieht. Der Redakteur, der in der Post diese Schilderung über den Entscheid des

Reichsgerichts, dann über die Macht, welche die Gewerkschaften haben, niederlegte, hat in erster Linie das Zeug, Hintertreppenromane, die Zeile für 5 Pfg., leichtgläubigen Lesern zu fabrizieren.

Wenn der Grundsatz „gleiches Recht für alle“, ausnahmsweise auch für Arbeiter Anwendung findet, dann rauscht es durch den deutschen bürgerlichen Blätterwald: „Nieder mit solchen Urteilen.“

Auf eine Widerlegung der Schimpfereien in der Post wollen wir uns nicht einlassen, jeder Leser mag selbst mit kritischem Blick die zitierten Äußerungen verfolgen, er wird dann finden, wie ungeheuer groß die Wut ist über die zunehmende Macht der Arbeiterbewegung.

Offentlich dient in Zukunft in Gewerkschaftsprozessen, wo es sich um Drohung und Erpressung handelt, den Richtern die soeben bekannt gegebene Reichsgerichtsentscheidung als Vorbild. Aber wir zweifeln sehr daran.

Ein Berufsgeoffenheits-Idyll.

Th. Es geht nicht mehr, reichum mit den Angriffen auf die moderne Arbeiterbewegung, sondern überall, zu gleicher Zeit und auf allen Gebieten sehen sich unsere Gegner und unsere Feinde genötigt, zu uns Kritik zu üben. Das ist uns ganz gesund. Denn erstens beweist das, wie sehr unsere Gegner innerlich die steigende Macht der modernen Arbeiterbewegung anerkennen, wenn sie auch nach außen hin der Welt glauben machen möchten, der Höhepunkt unserer Bewegung sei bereits überschritten; zweitens aber ist kräftige Kritik uns immer von Nutzen. Es ist eine schier unübersehbare Reihe von Leuten, die als Ritter Georg gegen uns in die Schranken ritten und als lächerlich gewordene Don Quixoten aus der Arena schleichen mußten. Vorbeeren hat sich noch keiner geholt, wohl aber ist den meisten moralisch und sachlich so böß mitgespielt worden, daß sie auf Fortsetzung des Kampfes gern verzichteten. Mit der roten Notte ist eben nicht gut Kirschchen essen für den, der sich nicht anständig verhält, sonst wird auf einen Schelmen anderthalber gesetzt.

Das mußte auch der freisinnige Dr. Goldschmidt in der bayerischen Kammer erfahren. Er liebt es, sich an unsern Parteigenossen zu reiben, und da er zu den „dauerhaften“ gehört, hat er immer wieder schnell vergessen, wenn ihm von den sozialdemokratischen Abgeordneten die Hosen angemessen worden waren. In der Sitzung am 3. Juli nun, als der Etat für Arbeiterversicherung und Arbeitsvermittlung zur Beratung stand, benutzte er die Gelegenheit, sich aufs neue in allerlei Ausfällen zu ergehen. Er nahm dabei zwar das Wort „Sozialdemokratie“ nicht in den Mund, aber das A und das D seiner Rede war, daß in solchen Krankentassen, an deren Leitung Sozialdemokraten beteiligt sind, Schlamperei aller Art herrscht, Betrug, Parteilichkeit, Unfähigkeit und eine Verletzung der Interessen der versicherten Arbeiter. Insbesondere brachte er die Vorkommnisse in der Münchner Ortskrankenkasse zur Sprache. Nun kann zwar unter keinen Umständen alles gebilligt werden, was dort vorgekommen ist, und wenn sich Sozialdemokraten an allerlei Unebenheiten beteiligt haben, so darf das für uns nicht etwa ein Grund sein, das Geschehene zuzudecken, sondern verpflichtet uns erst recht zur entschiedensten Rüge. Denn die Kraft der Arbeiterbewegung beruht zum sehr erheblichen Teile darin, daß sie in ihren eigenen Reihen auf volle Reinheit dringt, und daß wir nicht denselben Schwächen verfallen, die wir unsern Gegnern vorwerfen. Wenn also Goldschmidt ungebührliche Vorkommnisse ans Licht zog und kritisierte, so müssen wir weit entfernt sein, ihm um deswillen zu grollen. Aber war es ihm, wie er behauptete, nur darum zu tun, Mißstände in der Arbeiterversicherung an sich zur Sprache zu bringen, so mußte er noch viel schlimmere Mißstände in bürgerlich geleiteten Krankentassen gleichfalls erwähnen. Das hat er jedoch nicht getan. Und auch seine bei Schluß der Rede an den Minister gerichteten Anfragen bezogen sich nur auf die Münchner Ortskrankenkasse. Gegen diese sollte der Minister vorgehen.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Segitz übernahm es, dem Dr. Goldschmidt zu entgegenen. Segitz durchkreuzte zuerst den Versuch Goldschmidts, einen Sozialdemokraten gegen den andern auszuspielen — zu diesem verbrauchten

Kniffe hatte Goldschmit gegriffen —, dann wies Segitz seinem Gegner nach, wie dessen Urteile über unsere Arbeitersekretariate durch keinerlei genauere Sachkenntnis getrübt war; im weiteren Verlaufe der Rede ging Segitz auf den Prozeß der Münchner Ortskrankenkasse ein und stellte mehrere falsche Anschuldigungen Goldschmits richtig. Dann aber ging Segitz zum Angriff über. Die beste Verteidigung ist der Sieb. Ohne daß Segitz das in Schutz genommen hätte, was in der Verwaltung der Münchner Ortskrankenkasse Tadelnswertes vorgekommen war, leuchtete er dem Dr. Goldschmit doch ordentlich durch den Nachweis heim, daß dieser Herr zwar die Spalter im Luge der Münchner Ortskrankenkasse sehr deutlich gesehen hatte, nicht aber die Balken in der ihm politisch und sozial viel näher stehenden Bayerischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft. Aus dieser von Leuten mit vorzüglich „guter Gesinnung“ geleiteten sozialen Institution erzählte Segitz folgende Toilettengeheimnisse.

Vorsitzender der Bayerischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft ist lange Zeit der liberale Münchner Magistratsrat Selbdenberg gewesen, unter dessen Leitung die Korruption besonders gediehen ist. Obwohl schon in den Jahren 1902 und 1904 von Segitz im Landtage sehr wichtige Beschwerden über diese Baugewerks-Berufsgenossenschaft vorgebracht worden sind, hat die Regierung nicht eingegriffen. Der erste Bureauborstand der Berufsgenossenschaft ist ein Herr v. Rüdorffer gewesen, der als Offizier ohne Pension entlassen worden war, das Vermögen seiner Frau in kurzer Zeit durchgebracht hatte, dann erst Inspektionsammler, später Schreiber beim Reichsversicherungsamt war und schließlich als Organisator der Bayerischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft nach Bayern versetzt wurde. Er hat Unlagengelder unterschlagen, und zwar so zahlreich, daß er darüber Buch geführt hat. Als der Vorstand der Kasse die Sachlage erfuhr, hat er sofort seine Stellung niedergelegt. Sein Nachfolger Selbdenberg hat aber von den Unterschlagungen Rüdorffers gewußt, ihn aber doch bis zu Rüdorffers Tod im Amte behalten.

Selbdenberg ließ sich jährlich 4000 Mk. Remuneration zahlen und erschien dafür vielleicht alle zwei Wochen einmal im Bureau, wo er die zu unterzeichnenden Schriftstücke der Kasse halber mit einem Gummistempel, der seinen Namen trug, unterstempelte. Einer der Nachfolger Rüdorffers war Georg Haag, ein früherer Kellner, der keinerlei Vorbildung für seinen neuen Beruf besaß. Als unter ihm die Mißstände so toll wurden, daß einzelne Beamte es nicht mehr mit ansehen konnten und Anzeige erstatteten, wurde in die Untersuchungskommission derselbe Herr Selbdenberg gewählt, der die Zustände längst gekannt hatte, ohne etwas dagegen zu tun. Die Untersuchung war die reine Komödie. Der Hauptbelastungszeuge bekam am Tage, da die Untersuchung begann, Zahnschmerzen, und mußte genau solange, als die Untersuchung dauerte, volle 14 Tage wegen Zahnschmerzen im Bette bleiben. Der Protokollant hat genau das Gegenteil von dem niedergeschrieben, was die Zeugen bekundeten. Es bedurfte energischer Proteste der Zeugen, ehe ihre Aussagen im Protokoll richtig gestellt wurden.

Das Ende der Komödie war, daß man einen der weniger schuldigen Beamten, einen Herrn Grobhad, entließ, aber eine Woche darauf die Pension zuerkannte. Grobhad hatte nämlich erklärt: Wenn ich Zahnschmerzen, dann fliegt die ganze Gesellschaft in die Luft. Den Beamten wurde ein Schweigegelübde durch Handschlag abgenommen. Was trotzdem auf der nächsten Generalversammlung der Baugewerks-Berufsgenossenschaft darüber verhandelt worden ist, wurde nicht bekannt, da die Versammlung geheim war. Dem Selbdenberg soll es dabei allerdings schlimm ergangen sein.

Die Schlampererei war so groß, daß kein Verzeichnis der Formularien geführt wurde und bei Vergebung des Drucks niemand wußte, wie groß der Jahresbedarf an den einzelnen Formularien war. Das Mitgliederverzeichnis war mangelhaft. 3056 Akten blieben un bearbeitet liegen. Wer sich um Zahlung drücken wollte, konnte es tun. Ein Terminkalender war so gut wie nicht vorhanden. Ein Beamter hat den Oberbeamten Haag direkt beim Bureauborstand der Bestechlichkeit beschuldigt. Die Verhandlung ergab nicht nur die Richtigkeit der Behauptung, sondern Haag hatte sich auch als Zureicher für ein gewisses medikomechanisches Institut bewährt; er hat ärztliche Gutachten gefälscht, indem er Kranke für medikomechanische Behandlung empfahl, obwohl der Arzt sich dagegen ausgesprochen hatte. Haag hat ferner zugunsten Dr. Dreyers eine falsche Statistik aufgestellt, welche für Dreyers Institut eine zu hochprozentige Besserung der Erwerbsfähigkeit ergab. Die Rechnungen Dr. Dreyers, von dem Haag sich bestechen ließ, wurden gar nicht geprüft, sondern ohne weiteres den Akten einverleibt oder vernichtet. Dreyer hat jährlich aus der Kasse der Baugewerks-Berufsgenossenschaft 20 000 Mk. bis 40 000 Mk. gezogen und dem Haag wertvolle Gegenstände gemacht.

Auch unter der jetzigen Verwaltung des Dr. Striegler sind 3300 unerledigte Akten auf dem Boden gefunden worden. Zwei noch völlig diensttaugliche Beamte, Sekretär Zhl und Kassierer Steinbauer, sind pensioniert worden, was jährlich die Kasse mit 3400 Mk. belastet, um den Verdacht gegen Haag herabzumindern. Haag hat vier Jahre lang die Vertretung vor den Schiedsgerichten in ganz Bayern geführt. Er liquidierte dafür außer seinem Gehalt 12 Mk. täglich, und wenn er übernachtete, noch 5 Mk. extra, so daß er sich auf monatlich 600 Mk. gestanden hat.

Als die Berufsgenossenschaft für Nürnberg im Zivilingenieur Sattler einen sehr tüchtigen Mann gefunden hatte für die Kontrolle, ob die Unfallverhütungsvorschriften überall genau befolgt würden, und als dieser Mann in Fürth bei 19 Privatbauten und 2 Gemeindebauten 85 Zuwiderhandlungen zur Anzeige gebracht hatte, da blieben die Mahnungen erfolglos, aber als dann gerichtliche Bestrafung der Unternehmer eintrat, wurde Sattler sofort entlassen ohne Angabe irgendwelcher Gründe.

Auf diese Anklagerede des Genossen Segitz verhielten sich alle still. Auch Goldschmit rührte nicht mit einem Worte an diese unglaubliche Korruption, obwohl er nochmals das Wort nahm. Was wollten die belanglosen Vorkommnisse in der Münchner Ortskrankenkasse besagen gegenüber diesem bodenlosen Sumpfe? Und dann: Wenn den Arbeitern der Vorstand ihrer Krankenkasse nicht behagt, können sie ihn abgeben und einen andern wählen. Wenn sie aber durch die unglaubliche Schlampererei und Korruption in der Berufsgenossenschaft aufs schwerste geschädigt werden, sind sie machtlos.

Was in von Sozialdemokraten geleiteten Betrieben

Ungehöriges vorkommt, das soll und darf, wie gesagt, von uns nicht vertuscht werden. Wenn aber unsere Gegner auf kleine Vergehen vereinzelter Sozialdemokraten hinweisen wollen, so können wir ihnen für jeden Fall mit zehn großen Lumpereien ihrer eigenen Freunde gegen eine kleine Ungehörigkeit auf unserer Seite aufwarten.

Das zeigt das Jdyll in der Bayerischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft aufs bündigste. (Zimmerer.)

Die Schwarzen in Essen.

Die Schwarzen verstehen es, Effekt zu machen. Vorige Woche tagte unter großem Getöse die Zentrumsparade in Essen. An der Spitze solcher Tagungen stehen meist Adlige, hohe Richter, hohe Geistliche, auch Parlamentarier fehlen nicht. Diesmal fungierte als Vizepräsident ein leibhaftiger „Arbeiter“, der Zentrumsabgeordnete Giesberts. Die katholische Arbeiterbevölkerung hat's nun erreicht, alle Wege stehen ihr offen, um sich den gebührenden Einfluß zu sichern. Für die Arbeiter gebrauchten die Schwarzen in Essen schöne, ja goldene Worte. Desto kläglich aber sind die praktischen Ergebnisse der Beratungen für die Arbeiter selbst.

„Wir in Essen, im Mittelpunkt des Industriegebiets, sind mit in erster Linie berufen, die soziale Frage zu lösen, und die Katholikenversammlung, die in Essen abgehalten werden soll, wird unter dem Zeichen der sozialen Frage stehen“ — so sprach im vorigen Jahre auf der Straßburger Katholikenversammlung Rechtsanwält Dr. Bell namens des Essener Lokalkomitees. Und ähnlich stand es vor Beginn der schwarzen Woche, die jetzt hinter uns liegt, in den Blättern der Zentrumspresse zu lesen. Jene guten Leute, die sich mit der „Lösung“ der sozialen Frage beschäftigen und durch diese Verheißungen in die Besorgnis versetzt worden sind, daß nach den Augusttagen in Essen nun für sie nichts mehr zu tun übrig bleibe, mögen sich beruhigen. In Essen ist die soziale Frage nicht gelöst worden, und nach wie vor bleibt den Staats- und Gesellschaftsrettern jeder Art und jeder Richtung Gelegenheit genug, ihre Pläne weiter zu spinnen.

Man hat, wie üblich, auch auf dem Katholikentag in Essen den Arbeitervereinen der volkreichen Gegend gestattet, sich mit ihren Forderungen zu einem Einzugsverfahren; in ihren Versammlungen am Sonntag erschien purpurbeleidet und segenspendend der Erzbischof von Köln; man hat einen aus ihren Reihen für würdig befunden, neben einem Agrarjunker und einem Landgerichtsrat im Präsidium des Katholikentags zu sitzen; Kardinal Fischer hat sie „meine lieben Freunde aus dem Arbeiterstand“ und Präsident Gröber die Arbeiterjugend „unsre Freude, unsern Trost, unsre Hoffnung“ genannt — wer darin die rechten Mittel zur Lösung der sozialen Frage sieht, der mag von dem Essener Katholikentag sehr hoch denken. Wir ändern aber, die etwas mehr verlangen, als festliche Umzüge, bischöfliche Segensprüche und gefaltete Reden, erkennen auch in der Essener Zentrumsparade nur die Fortsetzung des alten Strebens, die Arbeiter mit Gerede, mit Hoffnungen und leerem Schein zu betören und von dem Erfassen ihrer wahren Aufgaben abzuhalten.

Zwar hat ein eigener Ausschuß sich mit der sozialen Frage insofern beschäftigt, als hier einzelne Anträge und Forderungen der Arbeiter behandelt wurden. Aber es wird zur Kennzeichnung dieses Ausschusses und seiner Bedeutung für die Arbeiter genügen, wenn darauf hingewiesen wird, daß sein Vorsitzender Herr Gerold ist, bekanntlich einer der anmaßlichsten Agrarier des Zentrums. Auch ist in der geschlossenen Versammlung eine Anzahl Anträge zur Arbeiterfrage angenommen worden, die alles und noch einiges mehr behandeln, dafür aber gerade das Wichtige und Notwendige vergessen: nichts von der Verkürzung der Arbeitszeit, der Grundlage aller Arbeiterforderungen; nichts von der Sicherung des Koalitionsrechts und der Organisierung der Landarbeiter, trotzdem auf dem letzten christlichen Gewerkschaftskongreß diese Dinge gefordert worden sind; nichts von der Erweiterung des Wahlrechts, ein Verlangen, das jedenfalls als berechtigt anerkannt werden muß. Der bischöfliche Segen ist den Arbeitern in Essen reichlich gesendet worden — er ist billig und verpflichtet zu nichts; die Anerkennung und Unterstützung ihrer wichtigsten Forderungen hat man ihnen vorenthalten. Denn im Zentrum gebietet das Interesse der Agrarier und Unternehmer und der auf die Unfreiheit und Unterordnung der Massen bauenden Kirche, der Mutter aller Rückschrittlichkeit und Volksfeindlichkeit.

Der Merkantilismus ist von Grund aus volks- und arbeiterfeindlich, gewiß! — Indessen weiß er doch, wenn die Umstände drängen, zu geeigneter Zeit und bis zu wohlberedelten Grenzen nachzugeben. Der Klassenbewußten proletarischen Arbeiterbewegung setzt er seine auf Interessenharmonie hinzielende christliche Arbeiterbewegung entgegen, und als es sich zeigte, daß die Frauenfrage nicht mehr zu umgehen war, da erfand er für seine Zwecke die christliche Frauenbewegung. Zum erstenmal wurde in Essen auf einem Katholikentage die Frauenfrage behandelt — bezeichnenderweise durch einen geistlichen Herrn; zum erstenmal zeigte sich in einem der Ausschüsse eine Frau als Diskussionsrednerin, die sogar für würdig befunden wurde, in einer geschlossenen Versammlung das Wort zu ergreifen. Noch eine kleine Weile — und es wird auf einem der nächsten Katholikentage eine Frau auch in einer der großen Paradedemonstrationen aufzutreten, um einzustehen für die Rechte ihres Geschlechts — natürlich im Rahmen der „christlichen Sittenlehre“, auf der Grundlage „unsres heiligen Glaubens“ und unter Verwerfung aller auf die Beeinträchtigung des „hehren Ideals der christlichen Familie und der christlichen Ehe“ hinausgehenden Bestrebungen.

Und auch dem Verlangen des Volks nach größerem Anteil an geistigen und künstlerischen Genüssen hat der Merkantilismus sein Entgegenkommen zeigen müssen. Ueber Volkshilfsbestrebungen und Erziehung zur Kunst ist in Essen geredet worden. Grundfänglich will man dem Volke sehr viel, ja alles auf diesem Gebiete bewilligen, selbstverständlich weiß man dabei durch die üblichen Verpflichtungen und Einschränkungen auf die „christliche Grundlage“ und die kirchliche Kontrolle den Konzessionen ihre Gefahren für den Merkantilismus zu nehmen. Dem Volke das Schönste und Beste, und natürlich auch der Kunst und der Wissenschaft alle Freiheit — aber immer nur so weit, wie es der pfäfflich-junkerlichen Beschränktheit der führenden Kreise des Merkantilismus gut erscheint.

Was sonst an Einzelfragen auf dem Katholikentage in der rheinischen Eisen- und Kohlenstadt behandelt wurde,

ist nicht der Rede wert. Es sind, wie die „römische Frage“, alte Gadenhüter, oder, wie die Schulfrage, bekannte Dinge, und das Interesse an den zwei Duzend besonderen Verhandlungen, die nebenher liefen, geht nicht über den Kreis der nächstbeteiligten hinaus. Die Ausschüsse, die die eingehenden Anträge sichten und formulieren, tagen hinter geschlossenen Türen, die geschlossenen Versammlungen sind schwach besucht, die wohl vorbereiteten Anträge aus den Ausschüssen gelangen hier, durch keine Opposition gefährdet, zur sicheren Annahme. Die Glanz- und Höhepunkte der Katholikentage sind die öffentlichen Versammlungen, deren an jedem Tage eine stattfindet. In diesen Versammlungen findet sich das katholische Volk zehntausendweise ein, um willig jeder Stimmung zu folgen, die von den kundigen Führern des Merkantilismus genollt wird. Hier sieht man, wie die Massen beim Erscheinen eines kirchlichen Oberhirten verückt von den Sigen fahren, um dann unter dem Segen des Begnadeten erschauernd in die Knie zu sinken, wie sie beim Vorlesen eines kaiserlichen Telegramms patriotisch aufschauzen, um bei der Schilderung von der Unfreiheit des Papstes in Wehmut zu zerfließen. Hier wird minutenlang geklatscht, wenn der Redner erscheint, und minutenlang geklatscht, wenn er abtritt; hier ist alles Offenbarung, alles Glaubenssatz, alles Eingebung und Einigkeit — weil ein Widerspruch nicht geduldet wird.

Auf der Tribüne da oben die schlauen Macher der Merkantilischen Politik, die Vertreter der „führenden Stände“, die Autoritäten weltlicher und geistlicher Macht — da unten die gläubige, widerstands- und widerprüchlose Masse, die Geführten, die Angeführten, die Betrogenen.

Die Spaltung im österreichischen Steinarbeiterverband.

Am Sonntag, den 19. August, fand in Prag eine Konferenz der tschechischen Steinarbeiter Böhmens statt. Anwesend waren 29 Delegierte, die 1628 Mitglieder vertraten. Der Verbandsvorstand aus Wien war durch den Obmann Kollegen Müller und Sekretär Sirotek, die Prager Gewerkschaftskommission durch den Genossen Schwab, Redakteur des Stabemilj, vertreten. Der Zweck der Konferenz war, einen tschechoslavischen Verband zu gründen. Die tschechischen Genossen haben eine eifrige Agitation gegen die Zentralorganisation entfaltet. Mündlich sowie im Sachblatt und in Zirkularen wurde die Zentralorganisation als eine schädliche, ungesunde Organisationsform verächtigt, in der eine fremde Nation die Leitung in der Hand hat, die die Bedürfnisse und Verhältnisse der Tschechen nicht kenne usw. Der erste Referent, der Prager Verbandssekretär Scheffal, erzählte einige angebliche Vergehen und Fehler des Verbandsvorstands und bezeichnete die Trennung als unabwendbar. Die Hauptbeschwerden, die er vorbrachte, richteten sich gegen das Zentralabrechnungssystem, indem er behauptete, der letzte Verbandstag hätte beschlossen, in Böhmen ein Sekretariat mit einer vollständigen Selbstverwaltung zu errichten. Dann soll der Vorstand das Bestreben der tschechischen Genossen zur Hebung der wirtschaftlichen Lage gehindert haben, indem er bei Streiks gebremst hat. Der Referent rief zur Versammlung mit Nachdruck vor dem Friedensschließen ab, „denn der Verbandsvorstand wird euch nach vierzehn Tagen alles wieder wegnehmen“.

Der Vertreter des Verbands, Sirotek, konstatierte in seiner Erwiderung, daß diese Beschwerden nur dazu dienen sollen, die beabsichtigte Trennung zu rechtfertigen; er stellte auch fest, daß die Behauptung, daß mit der Errichtung des Sekretariats in Böhmen die Ortsgruppen auch dorthin abrechnen sollten, unrichtig ist. Er wies dann zahlenmäßig nach, daß die Wirtschaftsweise der tschechischen Genossen eine unverantwortliche ist. Sie haben an den Verband im Jahre 1906 noch keinen roten Heller abgeführt, indem sie die Abrechnungen der Ortsgruppen im Sekretariat aufgehoben und mit den fälligen Geldbeträgen selbst gewirtschaftet haben. Nachdem aber das Verbandsvermögen durch leichtfertige Streiks in einigen Wochen verbraucht worden war, hat der Prager Sekretär eines schönen Tages an den Verbandsvorstand eine Korrespondenzkarte geschrieben, in der er mitteilte, daß das Geld verbraucht ist, der Vorstand möge nun die Streiks (die nur in Prag beschlossen wurden) finanzieren, wöchentlich mit 1000 Kronen.

Der Vorstand erklärte darauf, diese Streiks nur dann zu übernehmen, wenn alle Ortsgruppen nach Wien abrechnen. Das Prager Sekretariat hat darauf erst ein Gegenzirkular an die tschechischen Ortsgruppen verschickt und sie aufgefordert, sie sollen doch nach Prag abrechnen. Nach vier Tagen haben sie wieder ein andres Zirkular ausgeschied, das die Ortsgruppen antweist, sie sollten doch nach Wien abrechnen, weil sie die streikenden Kollegen nicht mehr unterstützen konnten. Um diese Mamage zu vermeiden, haben sie eine Protestresolution fabriziert, in der die Einberufung des außerordentlichen Verbandstags verlangt wurde. Nachdem von 69 Orten nur 15 solche Resolutionen eingegangen sind, also nicht einmal ein Viertel — nach dem Statut kann ein Drittel der Ortsgruppen einen außerordentlichen Verbandstag verlangen — mußte dieses Begehren, welches nebenbei noch Geldverschwendung bedeutet hätte, abgelehnt werden. Daß der Verbandsvorstand gezwungen war, zu bremsen, ist am besten aus der Bilanz der tschechischen Orte zu ersehen. Die Einnahmen betragen bis Ende Juli 15 370,32 Kronen, die Ausgaben 21 72,34 Kronen, somit ein Defizit von 602,02 Kronen. Im geregelten Verhältnis würde dieses Defizit nichts bedeuten, aber wenn sie eine Hand nach Zuzuschuß ausstrecken und mit der andern uns drohen, dann müssen wir vorsichtig sein.

Genosse Sirotek machte dann auch auf die Folgen dieser gefährlichen Trennung aufmerksam. Das wurde aber von etlichen Rednern als Drohung bezeichnet. Auch die Delegierten wurden mißtrauisch und fragten, ob der neugegründete nationale Verband die vollen Rechte den Mitgliedern gewährt, was als etwas Selbstverständliches bezeichnet wurde. Bei der Abstimmung stimmten 1518 für und 110 gegen die Trennung. Nun handelte es sich um den Titel. Von den Proponenten wurde der tschechoslavische Verband der Steinarbeiter Oesterreichs vorgeschlagen. Der Vertreter der Gewerkschaftskommission, Redakteur Schwab, empfahl aber den Titel Zentralverband der Steinarbeiter Oesterreichs, der auch angenommen wurde. Auf die Widersprüche aufmerksam gemacht, erklärte er, „damit den tschechischen Steinarbeitern im Ausland keine Schwierigkeiten bereitet werden“. Das wäre also bloße Spekulation, oder hatte diese Wendung noch einen andern Grund?

Die Abstimmung hatte zur Folge, daß das Prager Sekretariat vom internationalen Reichsverband sofort aufgelöst und das Sachblatt Kamendelnik nach Wien verlegt wurde. Die zwei Beamten wurden von dem neuen nationalen Verband übernommen.

Diese Spaltung ist sehr zu bedauern. Die Gründe, die von tschechischer Seite für eine Trennung vom österreichischen Verband ins Feld geführt wurden, sind recht winzige zu nennen. Daß sich die Leitung in Wien nicht einlassen konnte, alle Wünsche der Prager Wortführer zu erfüllen, ist klar. Die Tschechen hatten natürlich den Gesamtverband als melkende Kuh betrachtet, und als das nicht mehr ging, deshalb eine Trennung.

Den Arbeitnehmern gegenüber haben nur große Zentralverbände Position abgerungen, was für die moderne Wirtschaft gilt, „nieder mit den nationalen Schlagbäumen“, wo sich die Kräfte nicht frei entwickeln können, das gilt im allgemeinen für die gewerkschaftlichen Organisationen. In Böhmen hätte bei unsern Kollegen der Streit der Nationen

hinter dem Allgemeinwohl der Gewerkschaftsbewegung zurückbleiben müssen. Ganz kleinliche Gründe waren es, die die Tschechen veranlaßten, einer Trennung das Wort zu reden. In Prag bestand bisher ein Sekretariat mit einem besoldeten Beamten; die tschechischen Steinmetzen hatten ihre eigene Forderung, mit einem Wort, was den Deutschen möglich war, wurde für die Tschechen getan, aber alles umsonst. Das internationale Sekretariat in Zürich wird zu prüfen haben, wie die Steinmetzenverbände der verschiedenen Länder, sich dieser neuen Organisation gegenüber zu verhalten haben.

Die Aussperrung in Meissen II beendet.

Bekanntlich beantworteten die Unternehmer der Zahlstelle Meissen II eine Lohnbewegung unserer Kollegen damit, daß sie den Vertrauensmann Koll. Wolf maßregeln und als unsere Kollegen darüber empört waren und Gegenmaßnahmen beschloßen, führten sie kurzerhand eine Aussperrung sämtlicher Organisierten herbei. Die Unternehmer stellten die Forderung: Entweder aus dem Verband treten, oder auf die Straße fliegen. Die Kollegen wiesen diese Forderung entrüstet zurück, sie wollten lieber hungern, als auf ihre Menschenrechte verzichten, und nahmen den Kampf auf. Volle acht Wochen hat derselbe gedauert, leider hat er uns keinen vollen Sieg gebracht. Die Unternehmer mußten zwar ihre Forderung zurückziehen, aber auch die weitergehenden Wünsche unserer Kollegen betreffs Lohnerhöhung konnten nicht zur Anerkennung gebracht werden; die letzten Verhandlungen ergaben folgenden Resultat:

1. Die Unternehmer nehmen ihre Forderung, Austritt der Steinmetzen aus der Organisation, zurück.
2. Jeder tritt wieder in seine Stelle.
3. Nächsten März soll eine allgemeine Lohnerhöhung beraten und beschloßen werden.

Auf Grund dieser Zusicherungen beschloß nun eine am 17. d. M. tagende Versammlung der Steinmetzen, den Kampf abzubrechen und die Arbeit wieder aufzunehmen. Alle Kollegen waren sich darin einig, daß diese Zugeständnisse kaum beachtenswert und zu einer andern Zeit unannehmbar wären, aber man verschloß sich auch andererseits der richtigen Ansicht nicht, daß die folgenden Wochen unbedingt unsere Position verschlechtern müßten und was nach achtwöchigem Kampfe der Juli und August nicht zustande brachten, der September und Oktober erst recht nicht bringen würden, deshalb sei der Kampf jetzt zu beenden. Wenn wir auch den vollen Sieg nicht erreicht haben, so haben wir doch die brutale Absicht der Unternehmer, unsere Organisation zu ersticken, so einmütig zurückgewiesen, daß ihnen die Lust zu einer zweiten Aussperrung wohl auf absehbare Zeit vergangen sein dürfte. Die Macht unserer Organisation sowie das feste Zusammenhalten der Kollegen während dieses Kampfes wird seine guten Früchte tragen und den Unternehmern die Ueberzeugung beigebracht haben, daß es besser ist, mit uns herzlich zu unterhandeln, als wieder eine solche Aussperrung herbeizuführen, höchstwahrscheinlich finden wir bei einer „zur gegebenen Zeit“ erneuten Tarifvorlage ein willigeres Entgegenkommen der Unternehmer, ohne daß es wieder zum äußersten kommen dürfte.

Tarifabschluß für Rütchen und Umgebung.

Seitens der hiesigen Kollegen wurden vor zirka drei Wochen den hiesigen Arbeitgebern Lohnforderungen unterbreitet. Da eine Einigung nicht erreicht wurde, beschloßen die Kollegen, am Montag, den 20. August, die Arbeit niederzulegen. In einer am selben Abend stattgefundenen Besprechung, zu der auch der Gauleiter Adolf Herrmann-Rölln erschienen war, wurde nach eingehender Debatte beschloßen, am Dienstag bei den Meistern vorzusprechen.

Nachfolgender Tarifvertrag wurde abgeschloßen:

1. Die Arbeitszeit beträgt 9 Stunden täglich.
2. Der Minimallohn beträgt für einen Steinmetzen im 1. Jahre nach beendigter Lehrzeit 50 Pfg. pro Stunde.
3. Im zweiten Jahre nach beendigter Lehrzeit beträgt der Minimallohn 58 Pfg. pro Stunde.
4. Bei Steinmetzen, welche länger als zwei Jahre ihre Lehrzeit beendet haben, beträgt der Minimallohn 60 Pfg. pro Stunde. Der Lohn wird alle vierzehn Tage ausbezahlt.
5. Sämtliches Werkzeug wird vom Arbeitgeber gestellt und das Schärfen besorgt.
6. Alle auswärtigen Arbeiten wird das Jahrgeld 3. Klasse vergütet und wenn die Arbeit bis zu vier Wochen einschließlich dauert, ein Stundenlohn von 75 Pfg. bezahlt.
7. Maßregelungen wegen Zugehörigkeit zum Steinmetzenverband dürfen nicht erfolgen.
8. Die Arbeitgeber verpflichten sich, die Bestimmungen der Bundesratsverordnung genau einzuhalten.
9. Es ist den Arbeitern freigestellt, Afford oder Tagelohn zu arbeiten. Die Bezahlung erfolgt unter Zugrundelegung dieses Tarifs und wird ein Minimallohn von 60 Pfg. garantiert. Der Preis ist bei Aufträgen des Werkstüdes zu vereinbaren.
10. Bei Streitigkeiten über die Bestimmungen dieses Tarifs ist eine Kommission von 3 Arbeitern zu hören. Diese Kommission ist auf jedem Werkplatz zu wählen und ist die Wahl der Kommission innerhalb 14 Tage dem Arbeitgeber bekannt zu geben.
11. Dieser Vertrag tritt mit dem heutigen Tage in Kraft und hat Gültigkeit bis 1. Juli 1907. Er bleibt ein weiteres Jahr bestehen, wenn er nicht 2 Monate vor Ablauf von einer Seite gekündigt wird.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben

Rütchen, 21. August 1906.

Die Arbeitgeber:

Rütchener Grünsandsteinwerke G. m. b. H. Gastung, Alfr. Wogenthal, Sandsteinwerk: Rütchen Ferd. Müller.

Die Arbeitnehmer:

Peter Schmidt, Fr. Stoffregen, Edmund Schneider.

J. A. des Zentralverbandes der Steinmetzen Deutschlands:

Adolf Herrmann, Gauleiter.

Abends fand in Rütchen eine Versammlung statt, die sehr gut besucht war, auch die Steinbrecher und Räumer waren erschienen. Gauleiter Kollege Adolf Herrmann referierte über das Thema Der Deutsche Steinmetzenverband und seine Bedeutung für die Kollegen. In seinem zirka 1/2stündigen Referate verstand es der Gauleiter, den Kollegen ein interessantes Bild zu geben über die wirtschaftlichen Zustände der Jetztzeit, über die Kämpfe und über die Aufgaben des Verbandes.

Nachdem er noch den Aufbau und die Statuten erklärt hatte, forderte er die Kollegen auf, mehr als bisher das Fachorgan und Arbeiterzeitungen zu lesen, damit die Kollegen sich aufklären und die Versammlungen durch sachdienliche Diskussionen anregend und interessanter gestalten können. Zum Schlusse teilte er den abgeschloßenen Tarif mit, und berichtete auch über die Verhandlungen. Selbstverständlich wurde er, daß sich die Steinbrecher nicht auch dem Verbande anschließen hätten, wäre dies der Fall gewesen, dann wäre es auch möglich gewesen, für diese

Kollegen eine Aufbesserung des Lohnes herbeizuführen. (Der Lohn beträgt gegenwärtig für Steinbrecher pro Stunde 80—82 Pfennig, Arbeitszeit 10 Stunden. Der Berichterstatter.) Er erwähnte noch in zündenden Worten die noch fernstehenden Kollegen zum Eintritt in den Verband. Der fürmische Beifall bewies, daß er den Kollegen aus dem Herzen gesprochen hatte.

In der lebhaften Diskussion wurde der abgeschloßene Tarifvertrag einstimmig gutgeheißen, und dem Gauleiter der Dank ausgesprochen für das Zustandekommen des Tarifs. Es wurde einstimmig beschloßen, die Arbeit Mittwoch, den 22. August, wieder aufzunehmen.

In seinem Schlußworte erwähnte der Referent die Kollegen immer so zusammenzufassen, wie diesmal, des weiteren dankte er den Kollegen von der Lohnkommission für ihre sachliche Mithilfe bei den Beratungen. Der Vorsitzende schloß mit der ersten Ermahnung an die Kollegen, auch das Gehörte zu beherzigen und immer einig zu sein, die Versammlung. Es hat sich auch bei diesem Tarifabschluß gezeigt, daß, wo beiderseits ein Wille zum Unterhandeln vorhanden ist, auch ein Weg gefunden werden kann.

Mitgliederbewegung.

Zum Stand der Mitgliederzahl im ersten Quartal wird den Kollegen folgendes mitgeteilt. Das erste und zweite Quartal wird noch nach der früheren Gaueinteilung gezählt, das dritte und vierte nach der neuen Einteilung. Gezählt sind nur die Mitglieder, welche im Quartal Beiträge gezahlt haben. Zur Uebersicht über Zu- und Abgang wird die Zahl der in der Hauptliste verzeichneten in der ersten Rubrik gegeben, das sind die Mitglieder, welche aus vorigem Quartal am Orte waren, die zweite Rubrik sind die auf Liste B verzeichneten, das sind die im Quartal Zugeworbenen und neu Eingetretene. Dritte Rubrik sind die Eingetretene für sich und die vierte Rubrik die Gesamtzahl, die letzten Zahlen sind die des gleichen Quartals 1905 und die Steigerung resp. Abnahme.

	Opt. I. D. Neue Gesamt		1905	
1. Gau Berlin	704	181	100	885 (736) + 99
2. " Bunzlau	1752	708	599	2455 (1339) + 1116
3. " Dresden	1767	453	329	2220 (2106) + 114
4. " Leipzig	1188	805	244	1488 (977) + 511
5. " Erfurt	527	163	89	690 (422) + 268
6. " Bremen	743	293	218	1036 (662) + 374
7. " Hamburg	351	107	35	458 (376) + 82
8. " Düsseldorf	481	125	99	606 (218) + 388
9. " Frankfurt	501	124	78	625 (337) + 288
10. " Mannheim	1879	291	153	1670 (519) + 1151
11. " Straßburg	657	177	81	834 (714) + 120
12. " Stuttgart	236	53	28	289 (168) + 121
13. " München	444	136	112	580 (519) + 61
14. " Würzburg	1193	324	231	1519 (667) + 852
15. " Schwarzenbach	889	158	127	1047 (701) + 346
Summa	12809	3543	2523	16352 (10461) + 5891

Zunahme gegen das gleiche Quartal 1905: 55,8 Prozent. Zu bemerken ist, daß nur die Orte gezählt sind, welche ihre Quartalsabrechnungen einreichten, leider gibt es noch Zahlstellen, welche das trotz mehrfacher Bekanntmachung unterlassen haben. Es soll zugegeben werden, daß es mangels der Kenntnisse mit der Geschäftsführung an einigen Orten Schwierigkeiten macht, aber dann sollten die Kollegen ihre Lokalverwaltung unterstützen und dafür sorgen, daß hierber berichtet wird. Es gibt auch Zahlstellen, welche an Mitgliederstand leiden und in der Auflösung begriffen sind; auch da ist es besser, es wird reiner Tisch gemacht. Wir sehen uns veranlaßt, gegen die Pflicht versäumenden Zahlstellen andre Maßregeln zu ergreifen, und werden, wo bis zum 10. September 1906 die Abrechnungen nicht an den Zentralvorstand eingekandt worden sind, die Einstellung des Fachorgans solange einstellen, bis die Zahlstellen ihrer Pflicht nachkommen.

Es ergeht hiermit an die Revisoren das Ersuchen, die betreffenden Kassierer auf ihre Nachlässigkeit aufmerksam zu machen und möglichst die Angelegenheit selbst mit zu regeln; denn auch die Revisoren trifft die Schuld. Ja, es sind noch eine Anzahl Zahlstellen zu bezeichnen, welche die Abrechnung vom ersten Quartal noch nicht einreichten.

In folgendem werden die Zahlstellen aufgeführt, wo obiges zutrifft:

Rosen 1. und 2. Quartal, Breslau II 2. Quartal, Oppach 2. Quartal, Altenhain 1. und 2. Quartal, Geier 2. Quartal, Leipzig II 2. Quartal, Nebua, Ködnitz 2. Quartal, Jena 2. Quartal, Halberstadt, Ibbenbüren 2. Quartal, Osterholz, Scharfensdorf 1. und 2. Quartal, Mainz 2. Quartal, Oberhausen 2. Quartal, Altenbach, Witzkau, Klingenberg, Palmbach, Speier, Untermittelbach, Wilsberg 1. und 2. Quartal, Hirschbach, Landau, Binsfeld, Wattenweiler, Zweibrücken 2. Quartal, Anklam, Rühlburg, Madeweiler, Pfalzburg, Schlettstadt, Waldhambach 1. und 2. Quartal, Radolfszell 1. Quartal, Heilbrunn, Aschaffenburg, Ebelbach, Erbach i. O., Gohmannsdorf, Zell a. M. 1. und 2. Quartal, Amorbach, Eisenberg-Obernburg, Gailbach, Heigenbrücken, Kirchbach, Kirchheim, Lauf a. Holz, Reiffenhausen 2. Quartal, Neuforg 2. Quartal.

In den Zahlstellen, welche sich im Laufe des 2. und 3. Quartals aufgelöst haben, sollten die Kollegen, welche die Lokalverwaltung besorgen, es als ihre kollegiale Ehrenpflicht betrachten, abzurechnen und das Material einzuliefern.

J. A.: P. Starke.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Die Ortsverwaltungen resp. die Kassierer mögen doch dem Posttarif mehr Beachtung zuwenden. Das Strafporto erhöht sich in erschreckender Weise. Bei Sendungen von Büchern als Drucksache oder Geschäftspapiere dürfen keine Briefe beigelegt werden.

Bei Anträgen auf Rechtschutz, Umzugskosten, Maßregelungsunterstützung usw., werden die Zahlstellenverwaltungen wiederholt darauf hingewiesen, daß bei allen derartigen Anträgen das Mitgliedsbuch mit eingeschickt werden und die Begründung stets von drei Mitgliedern der Ortsverwaltung unterschrieben sein muß. Nur so diesem nachgekommen ist, werden die Anträge geprüft resp. verhandelt.

Ausgeschlossen wurde: Karl Freitag, geboren am 20. Mai 1857 zu Stuttgart, wegen Ueberverteilung der Kollegen in seiner Eigenschaft als Zwischenunternehmer.

Korrespondenzen.

Berlin II. Am 15. August tagte im Gewerkschaftshaus eine gutbesuchte Marmorarbeiterversammlung. Die Bestellung des Steinmetzen durch die Post bringt uns sehr viele Unannehmlichkeiten; Abhilfe muß geschaffen werden. Dann wurde die Lage des Mischelkalks besprochen. Mehrere Redner meinten, dem Zentralvorstand dürfe bei Streiks nicht so viel Befugnis zugebilligt werden, wir erhalten ja sonst eine richtige Regierung im Steinmetzenverband. Doch führten einige Redner aus, die Delegierten auf dem Verbandstage hätten ja den Anträgen zugestimmt, wie sie im Statut niedergelegt sind. Allgemein sprach man die Hoffnung aus; daß die freitenden Kollegen im Mischelkalkgebiet einen völligen Sieg erringen mögen. Die Berliner Marmorarbeiter werden auch in finanzieller Hinsicht Sorgen tragen, Mittel flüssig zu machen, um die Kämpfenden zu unterstützen. Die Zahlstelle II macht sehr schöne Fortschritte; die Verplagitation hat sich sehr gut bewährt.

In der nächsten Versammlung wird das neu erschienene Protokoll besprochen werden.

Bollendorf (Bezirk Trier). Kürzlich wurde hier vom freien Verband der Steinmetzen eine Versammlung abgehalten, um auch unter den hiesigen Steinmetzen die gewerkschaftliche Organisation einzuführen. Dieses fuhr dem Vorsitzenden des katholischen Arbeitervereins herbei in die Glieder, daß er für Sonntag, den 19. August, den Sekretär der katholischen Arbeitervereine, Seimek, und noch einen Herrn aus Trier zur Abhaltung einer Versammlung bestellte, um das durch die vorhergehende freigewerkschaftliche Versammlung in die Arbeiterchaft eingebrachte „Gift“ so schnell wie möglich wieder auszumerzen. Seimek brachte nun in dieser Versammlung wie gewöhnlich die eigentümlichen Ansichten über die freien Gewerkschaften, wie über das wirtschaftliche Leben im allgemeinen zum Ausdruck. Er suchte den Anwesenden mit einem großen Aufwand von Worten auseinanderzusetzen, daß der katholische Arbeiterverein zu gleicher Zeit zwei Herren dienen könne, daß er notwendig sei, um die berechtigten Interessen des Kapitals und der Arbeit zu vertreten. Daß er im Kampfe gegen die freien Gewerkschaften besonders die Religion verwendet, ist klar; auch der Bischof Kettler wurde benützt, um seine Angriffe auf die „sozialdemokratischen“ Organisationen wirkungsvoller zu gestalten. Ob Herr Seimek die Zuhörer mit seinem konfuslen Reden zu überzeugen vermochte, ist eine andre Frage. Auch die anschließende Diskussion brachte nichts Vernünftigeres zustande. Es sei bemerkt, daß sogar ein dem Arbeiterverein angehörender Arbeitgeber den Versammelten König um den Mund zu schmeißen suchte. Wie eilig man es nach den Leistungen der Diskussionsführer mit dem Schluß der Versammlung hatte, geht schon daraus hervor, daß sogar vergessen wurde, das übliche Hoch auf den Arbeiterpapst auszubringen.

Wo wir mit der Agitation einsehen, folgen uns auch die Christlichen. Nicht um den Arbeitern zu helfen, organisieren die Herren Christen, sondern um die freien Verbände zu bekämpfen.

Bunzlau. Da man zurzeit in allen Gauen Deutschlands und auch im Ausland, Steinmetzen für den Bunzlauer Distrikt sucht, sind infolgedessen verschiedene Anfragen an uns gelangt, wie die Berufsverhältnisse hier liegen. Den Kollegen diene kurz folgendes zur Notiz: Die Lohnverhältnisse sind den hiesigen Lebensmitteln und Wohnungspreisen angemessen schlecht zu nennen. Kollegen, welche pro Woche 30 Mark und mehr verdienen, müssen schon starke Arbeiter sein und auch noch gute Stücke bekommen; und das sind die wenigsten. Die Mehrzahl verdient unter 30, ja unter 20 M. die Woche. Wie steht es nun mit den Platzverhältnissen? Da muß man sagen, die Grenze von dem, was die Bundesratsverordnung erlaubt, ist schon längst überschritten; viele Kollegen müssen schon im Freien stehen. Es stehen wohl Zelte zur Verfügung, aber auch nicht überall; dieselben bieten jedoch nur Schutz gegen die Sonne und nicht gegen Regen. Ja, es wird den Kollegen zugemutet, es mit dem Zweimeter-Abstand nicht zu genau zu nehmen, damit mehr in die Rude gehen, was selbstverständlich zurückgewiesen wird. Es zeigt sich hier wieder so recht die kapitalistische Wirtschaftsweise. Ist viel Arbeit vorhanden, so werden soviel wie möglich Arbeitskräfte herangezogen, um die Arbeit so schnell wie möglich fertigzustellen, und der Arbeiter kann dann wieder seiner Wege gehen. Der Kapitalist ist eben nur darauf bedacht, recht hohen Profit einzuhemmen. Um den Arbeiter kümmert er sich nicht, der kann zugrunde gehen, es wachsen ja immer junge Arbeitskräfte heran. Nun, Kollegen, das wäre das hauptsächlichste, was wir auf eure Anfrage zu antworten haben. Gleichzeitig sei hier darauf hingewiesen, daß verschiedene Kollegen ihre Rechte betreffs der Bundesratsverordnung etwas energischer verlangen möchten. Wenn der Unternehmer Leute braucht, soll er eben Budden bauen. Anfang August veranstalteten wir eine Umfrage zwecks Feststellung, wieviel sind gewerkschaftlich und wieviel politisch organisiert, wieviel werden Partei- und bürgerliche Zeitungen gelesen? Diese Umfrage ergab folgendes Resultat. Es waren zurzeit 125 Steinmetzen beschäftigt, an diese wurden 123 Fragebogen versendet, 2 Mann stehen der Arbeiterbewegung fern. Von den 123 Fragebogen kamen 120 wieder zurück. Dem Steinmetzenverband gehören an 123, dem Sozialdemokratischen Verein 118 Kollegen. 113 Mann lesen die Breslauer Volkswacht, einer die Schiffsche Arbeiterzeitung; 47 von diesen lesen auch noch bürgerliche Zeitungen, 4 lesen nur bürgerliche Zeitungen und 5 lesen keine Zeitung. Einem ist sie zu teuer, bei den andern 4 sind Gründe nicht angegeben. Hoffentlich kommen sie bald zur Einsicht, daß bei jedem Arbeiter eine Parteizeitung in die Wohnung gehört. Wenn von 47 Kollegen die bürgerlichen Blätter noch mitgelesen werden, so deshalb, um über die lokalen Vorkommnisse informiert zu sein. Sonstige Parteiliteratur hielten noch 56 Kollegen. Dixerunter fällt die wissenschaftliche Literatur, Neue Zeit usw. Dieses Resultat der Enquete darf im allgemeinen als höchst erfreulich bezeichnet werden. In Bunzlau stehen die Steinmetzen auf dem Standpunkt, zwischen Partei und Gewerkschaft muß ein inniger Konnex bestehen. Wir freuen uns über das Resultat, daß so viele Kollegen auch politisch organisiert und zugleich Leser der sozialdemokratischen Breslauer Volkswacht sind. Bemerkte sei noch, daß mehrere Kollegen, um ihr Wissen zu schärfen, auch an der Rednerschule, die Genosse Stadterordener Schebs leitete, teilnehmen. (Es würde uns herzlich freuen, wenn auch in andern Zahlstellen sich die Kollegen so regen an der politischen Organisation der Sozialdemokratie beteiligen würden. Redaktion des Steinmetzen.)

Duisburg. Am 19. August fand hier eine gutbesuchte Steinmetzenversammlung statt, in welcher der ungeänderte Tarif nochmals vorgelegt und auch angenommen wurde. Auf Antrag der Lohnkommission wurde von 25 in der Versammlung anwesenden Kollegen einstimmig beschloßen, denselben sofort den Meistern zu unterbreiten. Gauleiter Herrmann gab nochmals die nötige Erläuterung zur Lohnbewegung und forderte die Kollegen zur Besonnenheit bei dieser Bewegung auf. Jede Unterbrechung resp. Verhandlung ist der Lohnkommission zu überweisen; des weitern legte derselbe klar, daß es nicht nur vor und während der Bewegung notwendig sei, unsere Interessen zu vertreten, sondern auch nach derselben, mag nun diese ausfallen, wie sie will, immer unermüdet weiter zu arbeiten in der Ausbannung unserer Organisation, um auch wieder für die Zukunft gerüstet zu sein und da dies in Duisburg die erste Bewegung ist, so sei es besonders Pflicht der Kollegen, dem Unternehmertum zu zeigen, was unsere Organisation zu bedeuten hat. Zur Beschiedenen teilte Kollege Brahm mit, daß er auf Grund eines Artikels in der Arbeiterzeitung, in welchem die Bestellungen von Hirschler und Lummler etwas bearbeitet wurden, von Lummler sofort entlassen wurde. Kollege Brahm hat bereits diesen Meister wegen 14 Tagen Kündigung verklagt. Vorher sagte Lummler, bei ihm wäre Kündigung, als Brahm ohne Kündigung arbeiten wollte, und jetzt ist wegen dieses Falles auf einmal keine Kündigung. Die Verhandlung wird ja zeigen, wer in seinem Rechte sich befindet. Zu der Versammlung waren auch einige italienische Kollegen von Wülheim-Drösch erschienen und wurde beschloßen, am 2. September dort eine Besprechung resp. Versammlung mit den dort beschäftigten zirka 50—60 Kollegen anzunehmen, zu welcher Gauleiter Herrmann kommen wird. Vier Kollegen wurden neu aufgenommen.

Metten. Wie erbärmlich und verbesserungsbedürftig unsere Arbeitslöhne sind, geht aus einer Aeußerung, welche ein hiesiger „Großunternehmer“, der im ganzen zwei Mann und einen Polier beschäftigt, gemacht hat hervor. Voriges Jahr verunglückte ein junger Kollege beim Wöllerschleichen bei der Fronleichnamspredigt. Allgemein wurde der junge Mann beuauet. Anders bei der Verwaltung der zuständigen Krankenkasse. Erst nach

Langer Zeit und vielen Streitigkeiten konnte der bedauernswerte Mann zu seinem Gelde kommen. Und jetzt, nach Jahresfrist, äußerte ein Vorstandsmitglied der Krankenkasse, ein wahrer Gemütsmeasch, dem Vater des Verunglückten gegenüber, er könne froh sein, daß seinem Sohne dieses Unglück passiert sei, denn im Steinbruch hätte er sich pro Tag diese 90 Pf. nicht verdient. Also halb erschienen lassen, ist nach Aussage dieses Herrn besser, als in Metten als Steinmetz zu arbeiten. Es ist ja zur Genüge bekannt, wie sparsam diese Kassenverwaltung ist, wenn es gilt, einem verunglückten Arbeiter etwas abzugewinnen. Anders natürlich ist es, wenn der Herr Kassierer sich durch seine Nachlässigkeit um etliche Hundert Mark beschwindeln läßt, oder wenn einige großmüthige Kleinmeister Beiträge, die sie ihren Arbeitern längst abgezogen haben, nicht an die Kasse abliefern; das macht nichts, denn es sind ja nur Arbeitergroßen. Doch es ist heute nicht unsere Absicht, die Mißstände, die bei dieser Kassenverwaltung bestehen, öffentlich darzulegen; doch, wenn gefällig, ein andermal mehr. Uebrigens danken wir diesem Herrn, der vom Steinmetzberufe keine blasse Meinung hat, sich aber seit dem Bestehen der Organisation als der größte Gegner der Arbeiterschaft aufgespielt; wir verweisen nur kurz auf Sachen des Gewerbegerichts und die Erhöhung des ortsbüchlichen Tagelohns. Wir danken diesem Herrn für seine „liebevolle“ Aufklärung, können ihm aber gleichzeitig versichern, daß wir in Zukunft eifrig bemüht sein werden, unsere elenden Lohnverhältnisse zu verbessern.

Neuenstein. Vor kaum zwei Monaten kam zwischen den hiesigen Steinbruchbesitzern und dem Steinarbeiterverband, Zahlstelle Neuenstein, ein Vertrag zustande, wonach mit dem Lohnsystem (wilder Afford) gebrochen, und an dessen Stelle Stundenlohn eingeführt wurde. Daß dieses Lohnsystem für die Herren Meister, ganz besonders für Herrn Geprägs, ein Schmerzenskind ist, haben die Steinhauer schon einigemal merken müssen. Diesem Herrn will es eben gar nicht gefallen, daß er nicht mehr so wie früher am Zahltag jedem geben kann, was er will. Jetzt es an Arbeitskräften, so zahlte man einigermaßen, waren genügend Kräfte vorhanden, dann war für die Arbeiter eine schlimme Zeit, dann fiel der Lohn von Zahltag zu Zahltag, bis es eine gewisse Anzahl von Arbeitern nicht mehr aushalten konnte und abreifte. Dann wurde einfach wieder inseriert in verschiedenen Blättern: „Acht bis zehn Steinhauer finden bei gutem Lohn dauernde Beschäftigung.“ Es kommen wieder Leute, und zwar solche, die die hiesigen Verhältnisse nicht kannten, denn die, welche schon einmal hier waren, bedankten sich für diesen „hohen Lohn“. So ging es fort von Jahr zu Jahr. Im Winter jagte ein Meister zu seinen Gefellen: „Jetzt habt ihr Zeit, eure Taler zu puzen.“ Solche Spottreden mußten die Kollegen einstecken. Aber auch die Neuensteiner Steinhauer sind aus ihrem langen Winterschlaf erwacht und haben nach schwerem Kampf die Willfür für der Meister gebrochen. Doch Herr Geprägs hielt es nur zwei Monate aus, bis seine notwendigsten Arbeiten fertig waren. Jetzt hält er den Zeitpunkt für gekommen, wo er der Stärkere ist. Am Sonnabend wurde von ihm der Vertrauensmann entlassen. Daß dieses Vorgehen des Meisters von den organisierten Steinarbeitern wie ein Schlag ins Gesicht empfunden wurde, ist klar. Sie erklärten sich mit dem Vertrauensmann solidarisch und legten, nachdem mit dem Meister eine Verständigung nicht herbeigeführt werden konnte, gemeinsam die Arbeit nieder. Daß mit Herrn Geprägs nicht gut unterhandeln ist, das haben wir bei unsern Lohnforderungen im Mai gesehen, es wird auch allen Kollegen, die schon hier in Arbeit standen, gut erinnerlich sein. Daß sich die hiesigen Steinarbeiter durch solche Maßnahmen nicht einschüchtern lassen, daran wird auch Herr Geprägs kaum zweifeln. Sämtliche Steinarbeiter werden ersucht, Neuenstein zu meiden!

Seebach. Zu dem Versammlungsbericht in Nr. 33 teilt uns der Buchhalter F. Fuchs berichtend mit, daß nicht der Unternehmer Müller, sondern der Wirt zu Wolfsbrunn und die Bierliefernde Brauerei das Freibier spendeten. Auch seien nicht 800, sondern bloß 500 Liter Freibier den Arbeitern zur Verfügung gestellt worden.

Unser Berichterstatter ist ein kleiner Irrtum unterlaufen, indem er im Bericht schreibt, der Meister Müller sei der splendide Herr gewesen. Uns freut es, daß dem nun nicht so ist. Wie der Wirt in Wolfsbrunn und die ungenannte Brauerei dazu kommt, auf einmal so freigebig zu sein, ist uns ein Rätsel. Solche Summen findet man doch nicht auf der Straße. — Allerdings kann es möglich sein, daß die Bierspender mit der Bierlieferung sehr glänzende Geschäfte machen.

Unsre Kollegen ersuchen wir allerorts, auf jegliches Freibier zu verzichten; mögen es die Spender selber vertilgen. Solche Gelage arten zu Saufereien aus, ein Zustand, der von unserem Standpunkt aus aufs schärfste zu bekämpfen ist. Freibier ist wesentlich identisch mit den üblichen Schmiergeldern im Kaufmannsgewerbe. Charakteristisch ist es, daß hier wieder der Beweis erbracht ist, daß man Trinkgelage veranstaltet, wenn nur ein Geschäft dabei herauspringt.

Kollegen, weist jedes Freibier mit Entrüstung zurück!

Rundschau.

An den gewerkschaftlichen Unterrichtskursen, die gegenwärtig in Berlin abgehalten werden, nimmt vom Verband der Steinarbeiter Kollege Staudinger teil.

Gaulleiter Bohse-Dunglau, welcher für die Zahlstelle Striegau zum Lokalbeamten gewählt wurde, tritt seinen Posten am 1. September an.

Mittenmeier als Landtagskandidat. Für den 4. unterfränkischen Kreis, umfassend die Amtsgerichte Markt-Heidenfeld, Stadtprozelten, Miltenberg, Amorbach und Klingenberg, wurden zu sozialdemokratischen Landtagskandidaten Kollege Gaulleiter Mittenmeier und Genosse Wornberger aus Weiskirchen ernannt. Die Wahlen finden wahrscheinlich im Frühjahr 1907 statt.

Günstige Beendigung der Siebenstundebewegung der Steinhauer in Berlin. Die Berliner Steinhauer besanden sich, wie bereits berichtet, im Streik und kämpften um den siebenstündigen Arbeitstag. Die Prinzipale waren anfangs hartnäckig, mußten aber doch nachgeben. Die Hildhauer errangen einen vollen Erfolg. Am 24. August hatten die Gehilfen im Gewerkschaftshause Versammlung, wobei folgender Bericht gegeben wurde. Die in Betracht kommenden Arbeitgeber, nämlich, wie sie sich nennen, die „Meisterchaft der Berliner Steinmetz-innung sowie die dieser Innung angeschlossenen Steinhauermeister Berlins“, machten von vornherein in der gemeinsamen Sitzung mit der Kommission jedes weitere Verhandeln strikte davon abhängig, daß bis zum 1. November dieses Jahres noch 7½ Stunden gearbeitet werde. Nach einer Sonderberatung der Gehilfenkommission erklärte sich diese bereit, vor ihren Auftraggebern dies zu vertreten, wenn im übrigen ein Ausgleich möglich sei. Nach längeren eingehenden Verhandlungen einigte man sich auf einen Vertragsentwurf, dessen Hauptpunkte sind: Fortsetzung der 7½stündigen Arbeitszeit bis zum 1. November dieses Jahres. Vom 1. November bis zum 28. Februar jeden Jahres beträgt dann die Arbeitszeit 6½ Stunden bei einem Minimallohn von 7 Mk., vom 1. März bis zum 31. Oktober jeden

Jahres 7 Stunden bei einem Minimallohn von 7.50 Mk. Bessere Kräfte erhalten entsprechend höhere Löhne. Sommer und Winter ist Sonnabends um 4 Uhr Schluß. Das bedeutet, daß in den 8 Sommermonaten — 1. März bis 31. Oktober — an Sonnabenden der Feierabend ½ Stunde früher eintritt, als an andern Werktagen.) Ueberstunden werden, bis zu zwei Stunden über die normale Arbeitszeit hinaus, mit einem Zuschlag von 25 Prozent bezahlt. Darüber hinaus gelten sie als Nacharbeit und der Zuschlag beträgt 50 Prozent. Für Arbeit außerhalb Berlins und der unmittelbar mit ihm zusammenhängenden Orte werden Zuschläge gezahlt. Die Höhe unterliegt der freien Vereinbarung zwischen den betreffenden Arbeitgeber und Arbeitnehmern. Ob Reisezeit als Arbeitszeit vergütet wird, ist von Fall zu Fall zu entscheiden. Der Vertrag tritt sofort in Kraft und hat Gültigkeit bis zum 1. März 1909. Es wird eine Kommission gewählt, drei Arbeitgeber und drei Arbeitnehmer, welche Streitigkeiten aus dem Verträge zu schlichten hat. Dieser Vertrag fand mit großer Mehrheit Annahme. Wir beglückwünschen die Berliner Steinhauer zu diesem schönen Erfolg.

Submision. Bei der Eröffnung der Submision für die Verlegung der Staatsstraße Stadtschwarzach-Enheim bei Marktbreit (Unterfranken) gingen folgende Angebote ein: Pflasterer- und Straßenbaugeschäft B. Thoma und Hammerer in Neustadt a. Rh. und Oberbreit 65 387.44 Mk., Bau- und Steinmetzgeschäft Lorenz Krämer in Heidingsfeld 56 619.25 Mk., Bau- und Steinmetzgeschäft Georg Michel in Marktbreit 45 610.91 Mk., Bauunternehmer Matth. Körner aus Neuhütten bei Lohr 38 967.42 Mk. Die Differenzen sind wieder ganz netze.

Eine prächtige Submissionsblüte. Aus Hannover wird gemeldet. Die Angebote für den Bau einer Eisenbahnbrücke beim Fischerhofs ergaben: Das billigste abgegebene Angebot lautete auf 106 661 Mk. und das höchste auf 191 755 Mk., was einen Unterschied von etwa 80 (achtzig) Prozent ausmacht. Wer hat nun recht kalkuliert?

Aus den deutschen Gewerkschaften. Der Bäckerverband hat im 2. Quartal laufenden Jahres 316 Neuaufnahmen und 14 407 Wochenbeiträge mehr zu verzeichnen, als im gleichen Quartal des Vorjahres. Die Gesamtzahl der Neuaufnahmen im 2. Quartal d. J. betrug 2782 und die Gesamtzahl der geleisteten Wochenbeiträge 106 764. — Die Mitgliederzahl des Verbandes der Gastmirtshilfen betrug am Schluß des 2. Quartals 5343 gegen 4178 im vorhergehenden Quartal. — Auch der Textilarbeiterverband geht rüstig vorwärts; die Auflage seines Verbandsorgans ist bereits auf 90 000 gestiegen. — Die Arbeitslosigkeit im Holzarbeiterverband im Monat Juli zeigte nach der Veröffentlichung im Verbandsorgan folgendes Bild: Berichtet haben 692 Filialen mit 142 155 Mitgliedern. Arbeitslos waren im Monat 8177 Mitglieder. Arbeitslosenunterstützung wurde gezahlt an 1897 Mitglieder für 15 655 Tage mit 19 497.28 Mk. Reiseunterstützung erhielten 8290 Mitglieder für 13 838 Tage mit 13 307.98 Mk. Nicht berichtet hatten 55 Filialen.

Nette Geistliche. Wegen fahrlässigen Meineids und Untreue verurteilte die Strafkammer in Mülhausen i. E. den katholischen Priester Roth, der Herausgeber des inzwischen eingegangenen Elß-Lothringischen Morgenblatts war, zu acht Monaten Gefängnis (sechs Monate für den Fahlscheid und zwei Monate für das Betrugsvergehen, zusammengesogen in acht Monate). Die Anzeige gegen den Pfarrer war von zwei Amtsbrüdern, den Pfarrern Hug und Blonde, erstattet, welche dem Roth seinerzeit für sein Pfrundernehmen zum Zinsfuß von 5 Prozent Gelder übergeben hatten, die sie, als das Unternehmen schief ging, wieder zurückforderten, was ihnen der „Gründer“ in der Soutane unter Eid bestritt. Sie bekundeten vor drei Jahren und auch in der neuen Verhandlung als Zeugen, daß sie dem Angeklagten im Jahre 1902 in aller Form das geliehene Kapital gekündigt und Schlußabrechnung von ihm verlangt hätten, und daß somit der entgegenstehende Eid des Amtsbüchlers im Zivildrechtsstreit falsch geschworen worden sei. Einer dieser Geistlichen, der jetzt noch im Oberelß amtierende „hochwürdige Herr“ Blonde, ist übrigens infolge dieser Vorkommnisse, da er die in das Pfrundernehmen des Roth gesteckten Gelder ohne Ermächtigung des Kirchenrats seiner Pfarrei dieser kirchlichen Verwaltung entnommen hatte, wegen Unterschlagung von der Strafkammer des Landgerichts Kolmar zu mehrjährigem Gefängnis verurteilt worden. Der Verteidiger des Priesters Roth, Rechtsanwalt Dr. Nordmann in Mülhausen, hat jetzt nach der nochmaligen Verurteilung seines Klienten öffentlich angekündigt, daß er gegen die beiden Pfarrer Hug und Blonde die Strafanzeige wegen Meineids erstatten werde.

Weibern (Wohltal). Kurz vor Schluß der Arbeitswoche ereignete sich kürzlich in dem Steinsägewerke der Westdeutschen Eisenbahn hier ein gräßlicher Unglücksfall. Ein Arbeiter aus dem benachbarten Calenberg, im Alter von 21 Jahren war an der Kreissäge beschäftigt; er muß auf dem nassen Boden ausgeglitten sein und geriet so unter die Säge. Der Kopf und ein Arm wurden ihm vollständig vom Körper getrennt. Der so gräßlich Verunglückte war der Ernährer seiner Mutter und seiner drei Geschwister.

Öffentlich bringt die Unfallaufnahme durch die Unfallversicherungsbehörde die nötige Klarheit.

Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

Bensheim. Die Sandsteinmetzen Fris Elzenberger und Franz Engel werden ersucht, ihre Adresse sobald wie möglich an Peter Faust, Gasthaus zur Linde, Bensheim, einzusenden.

Görkau. Der Steinarbeiter Lambert Strunz, früher in Deucha-Brandis, wird gebeten, seine Adresse an Unterzeichneten einzusenden. Franz Medel, Steinmetz in Görkau, Obere Zeche 406 (Böhmen).

Offenbach. Der Kollege Georg Drümmer möge seine Adresse sofort an Unterzeichneten einfinden, da er in Mannheim nicht zu finden ist. Joseph Kirchgerner, Offenbach, Feldstraße 88, II.

Berlin I. Die neuen Adressen für die Steinarbeiter sind möglichst umgehend an Unterzeichneten einzusenden. Diejenigen Kollegen, welche bisher kein Fachorgan erhielten oder die am 1. Oktober verziehen, mögen es besonders beherzigen. Die Kollegen der Filiale II wenden sich an ihre Leitung.

D. Hanske, Vorsitzender, Berlin I.

Hannover. Der Steinmetz Ignaz Fiedler, geboren am 28. Mai 1871 zu Heiligenstadt, hat sein Buch in größter Unordnung hier „vergessen“. Diesem ist kein neues auszustellen. E. Volte, Vorsitzender.

Randesacker. Um die Adresse des Kollegen Jakob Wegger aus Randesacker bei Würzburg ersucht Wilhelm Mühlrath, Kassierer.

Hammelbach. Der Kollege Josef Bickel wird gebeten, seine Adresse an Nikolaus Dörjan IV, Hammelbach im Odenwald, anzugeben.

Otterberg. Der Steinhauer Philipp Bod aus Schweisweiler, wird dringend ersucht, seine Adresse an seinen Bruder Daniel Bod in Otterberg wegen Familienverhältnissen gelangen zu lassen. Christian Haardt, II. Kassierer.

Adressen-Änderungen.

12. Gau (Vorort Schwarzenbach a. S.). Da Kollege Prell in einer Heilanfart ist, so richte man alle Sendungen, die Gaulleitung betreffend, an Emil Gottwald, Schwarzenbach a. S., Winkelaasse 169.

Kelheim. Vorsitzender: Georg Haumüller.
Offen. Vorsitzender: Friedrich Bott, Rüttenstraße, Witteringsstraße 35, III.

Horta bei Ramenz (neue Zahlstelle im 3. Gau). Vorsitzender: Georg Lehmann in Naußitz, Kassierer: Karl Pruske in Neusehmis.

Vollendorf (neue Zahlstelle im 7. Gau). Kassierer: Nikolaus Brettnacher, Vollendorf a. b. Sauer (Kreis Wittburg).

Sparned (neue Zahlstelle im 12. Gau). Vorsitzender: Heinrich Schmutzler, Sparned, Rohrmühle. Kassierer: Johann Kappel, Sparned, Einzing.

Nischaffenburg. Vorsitzender: Joseph Petermann. Kassierer: Richard Dösch, Mittelstraße 43, II.

Neublingen-Neutirchen. Vorsitzender: Jakob Latschar, Neublingen. Kassierer: Peter Gaul, Neutirchen.

Albendorf. Kassierer: Joseph Brazel.

Rebra. Vertrauensmann: Otto Schlaf. Kassierer: Otto Schäfer, selbiger zahlt die Reiseunterstützung aus.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 20. bis mit 25. August 1906.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, D. = Delegiertensteuermarken, Ers. = Ersatzmarken, Z. = Zeitungsmarken, St. = Stempel, H. = Hauptbuch, G. = Gesetzbücher, Br. = Brotschüre, F. = Farbkissen, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate, Erw. = Erwerbsloosenmarken, M. = Material, Pr. = Protokolle.)

Strehlen, B. 52.—; Sparned, B. 2.66, E. 3.50; Leipzig I, B. 540.—, D. 5.—, Z. 55.—; Gelnhausen, B. 74.98, E. 3.50, Erw. 0.25; Göttingen, B. 84.—; Altleiningen, B. 110.58; Lebrte, B. 5.—; Helmstedt, B. 2.10; Kronach, B. 3.—; Hamburg 0.75; Weichselburg, B. 3.08, Z. 0.50; Ströbel, B. 97.—; Emmendingen, B. 92.—, E. 5.—; Löwenberg, B. 139.10, Pr. 4.50; Otterberg, B. 6.40, Z. 1.—; Offenburg, B. 90.—; Nürnberg, B. 75.98; Meß, B. 340.—; Lutter, B. 42.—; Kaiserhammer, B. 4.10, E. 5.—; Jena, B. 92.—; Rembach, B. 4.20, Z. 0.50, M. 32.58; Hammelbach, B. 17.88, E. 4.50, Z. 0.50; Düsseldorf II, B. 280.—, Erw. 10.—; Neumünster, B. 11.—; Varmen, Ins. 5.—; Neufals, B. 4.90; Breslau, M. 0.90; Leipzig, E. 0.25 (F.); Ronitz, B. 13.20; Gelnhausen, B. 1.60; Melsungen, B. 4.50; Bernburg, B. 2.20; Blomberg, B. 2.20; Seebaußen, B. 1.15; Krefeld, B. 92.—, M. 4.—; Duisburg, B. 32.14; Franzenstein, B. 94.50, E. 1.50, M. 5.50; Hof, B. 96.85, D. 0.50; Königsutter, B. 77.74, E. 1.—; Königsbrück, B. 84.—, E. 6.—; Königsberg, B. 69.—, E. 7.50, Erw. 1.—; Pirna, B. 15.61; Reiffenhausen, B. 184.—; Stuttgart II, B. 14.—, D. 1.50, Z. 2.—; Ulm, B. 27.65; Weigenstadt, B. 47.82, E. 3.90, D. 0.75, Z. 1.50; Weichselburg, B. 12.—; Otterdorf, B. 7.—; Berka, B. 9.85; Freising, E. 7.—; Mülhausen i. E., B. 184.—, E. 16.—; Braunschweig, B. 70.70; Kelbra, B. 42.—, M. 1.50; Riefersfelden, B. 276.—, E. 5.—, Pr. 4.—; Kirchberg, B. 210.—; Rostock, B. 2.80, Z. 0.50; Dillisch, B. 2.85.

Ludwig Geiß, Kassierer.

Briefkasten.

An die Zahlstellenvorstände resp. Steinarbeiterverbände. Der Adressenwechsel greift schon bald an Unfug. Geben sind die Adressen gedruckt, sofort kommen wieder Änderungen. Es muß in einer einigermaßen funktionierenden Zahlstelle doch eine stabile Adresse angegeben sein. Die Zahlstellenvorstände werden wiederholt ersucht, diesen Mißstand beschränken zu helfen. — **Altleiningen.** Ist nicht zulässig. — **Wien.** Das Geld war bereits nach Prag abgehandelt.

Anzeigen.

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Steinmetzen

für dauernde Arbeit bei tarifmäßigen Löhnen werden fortwährend eingestellt.

Wellhausen, Werkplatz Unsen bei Hameln.



Albert Baumann

Aue (Erzgeb.)

Preisliste

über alle

Steinmetz-Geschirre

versende gratis!



Polytechnisches Institut Friedberg

Akademische Lehr-Anstalt mit Spezial-Kursen für Architekten und Bau-Ingenieure

absolventen von Baugewerkschulen finden Aufnahme.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir totenlos alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb 10 Tagen nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird.)

Berlin I. Nach sechswöchiger Arbeitsunfähigkeit starb am 14. August Kollege **Karl Heintze** an der Lungenschwindsucht. — Am 15. August starb Kollege **Karl Winterscheidt** im Alter von 52 Jahren an Nierenentzündung.

Nürnberg. Am 18. August starb unser Kollege **Vitus Folger** im Alter von 35½ Jahren und am 21. August Kollege **Florian Lechner** im Alter von 82 Jahren. Beide an der Berufskrankheit.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur A. Staudinger, zurzeit Berlin. Verlag von Paul Starke in Leipzig. Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands im Jahre 1905.

III. (Schluß.)

Die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften hatten am Schluß des Jahres 1905 in 2158 Ortsvereinen 117 097 Mitglieder gegen 111 889 im Jahre 1904, so daß sich eine Mitgliederzunahme von 5208 ergibt.

Von den Gewerkschaften hatten Mitglieder: Maschinenbauer 49 516, Fabrikarbeiter 19 598, Kaufleute 14 614, Tischler 8078, Textilarbeiter 5365, Schuhmacher und Lederarbeiter 5210, Schneider 3840, Graphische Berufe 2018, Bergarbeiter 2189, Tischler 1673, Tabakarbeiter 1399, Bauhandwerker 1238, Deutsche Frauen 1063, Bildhauer 441, Konbirenen 303, Schiffszimmerer 235, Brauer 210, Seiler 47 und Kellner 60. Diese Mitgliederzahlen in Berufen wie Bauhandwerker, Bergarbeiter, Schneider und Schuhmacher zeigen, wie wenig Bedeutung den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften beizumessen ist.

Die Einnahmen der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften betragen 1 336 651 Mk., die Ausgaben 1 170 219 Mk., der Vermögensstand 3 497 069 Mk. Von diesem befinden sich jedoch in den Krankens- und Begräbniskassen 1 279 028 Mk., in den Begräbniskassen 823 045 Mk. und in den Gewerkschaftskassen nur 1 394 996 Mk. Nur die letztere Summe würde für den gewerkschaftlichen Kampf in Betracht kommen. An einzelnen Ausgaben sind verzeichnet für: Verbandsorgan 133 581 Mk., Agitation 102 899 Mk., Aussperrungen und Streiks 286 643 Mk., Rechtschutz 14 790 Mk., Reise-, Notfallunterstützung und Umzugskosten 76 802 Mk., Arbeitslosenunterstützung 193 746 Mk., Bildungsförderung 17 345 Mk., Ortsverbands- und Verbandssteuern 53 591 Mk., Drucksachen 67 871 Mk. und Verwaltungskosten 231 951 Mk.

Die Christlichen Gewerkschaften, die dem Gesamtverband angehören, hatten 1905 in 2333 Ortsgruppen im Jahresdurchschnitt 188 106 Mitglieder gegen 107 556 im Jahre 1904. Die Zunahme an Mitgliedern machte 80 550 aus. Die Mitglieder der dem Gesamtverbande angeschlossenen Gewerkschaften verteilen sich auf folgende Berufe: Bergarbeiter 71 500, Textilarbeiter 24 735, Bauhandwerker 20 679, Bahrische Eisenbahner 19 000, Metallarbeiter 17 563, Holzarbeiter 8386, Hilfs- und Transportarbeiter 8329, Tabakarbeiter 2851, Seimarbeiterinnen 3077, Keramarbeiter 2600, Schuh- und Lederarbeiter 2136, Schneider 1962, Ziegler 1800, Maler 1500, Graphische Gewerbe 740, Fleischer 500, Bäcker 380 und Krankenpfleger 368.

Die Einnahmen dieser Gewerkschaften betragen 2 443 122 Mk., die Ausgaben 2 150 511 Mk., an Kassenbestand verblieben 1 249 408 Mk. In Einzelangaben waren zu verzeichnen für: Verbandsorgan 295 155 Mk., Agitation 161 393 Mk., Streit- und Gemäßregelungenunterstützung 1 000 320 Mk., Rechtschutz 45 457 Mk., Reise- und Arbeitslosenunterstützung 13 571 Mk., Sterbegeld 59 933 Mk., sonstige Unterstützungen 114 140 Mk., Bildungsförderung 11 691 Mk., Beitrag an den Gesamtverband 20 795 Mk., Gehälter 52 423 Mk., Verwaltungskosten 91 970 Mk.

Die unabhängigen christlichen Gewerkschaften hatten im Jahre 1905 in 812 Ortsgruppen im Jahresdurchschnitt 76 926 Mitglieder. Von diesen gehörten an dem Verband der Deutschen Eisenbahnhandwerker 41 436, Württembergische Eisenbahner 7500, Badische Eisenbahner 6000, Bahrisches Postpersonal 8611, Württembergisches Postpersonal 2557, Bahrische Salinenarbeiter 822 und dem Verein zur gegenseitigen Hilfe in Oberbayern 10 000. Im Jahre 1904 hatte diese Art christlicher Gewerkschaften 99 928 Mitglieder. Es ist somit im Jahre 1905 ein Mitgliederverlust von 23 002 eingetreten. Hiervon entfallen jedoch 17 000 auf den Verband der Bahrischen Eisenbahner, der sich 1905 dem Gesamtverbande angeschlossen hat. Daher auch die bedeutende Zunahme der Mitglieder des Gesamtverbandes. Die unabhängigen christlichen Gewerkschaften hatten eine Jahreseinnahme von 231 068 Mk., eine Ausgabe von 273 043 Mk. und einen Kassenbestand von 278 806 Mk. Die Ausgaben im einzelnen sind für diese Gewerkschaften nicht angegeben.

Die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften haben ihre Werbekraft verloren, was natürlich und erfreulich ist, und auch die „Christlichen“ bleiben weit hinter den Zentralverbänden zurück, obgleich ihnen der so vorzüglich funktionierende Agitationsapparat der Kirche zur Verfügung steht. Der diesjährige Bericht der „Christlichen“ ist voll des Lobes und der Freude über den gewaltigen Aufschwung. Die nackten Zahlen, wie sie vorstehend gegeben, zeigen, daß die Werbekraft dieser Organisationen

weit hinter der der Zentralverbände zurückbleibt, trotzdem man sich auf die „christliche Weltanschauung“ und das „Nationale“ einswört und sich damit bei allen Stellen, denen man Einfluß zutraut, fortgesetzt in empfehlende Erinnerung bringt. Laugt nun die als Aushängeschild dienende „christliche Weltanschauung“ nichts oder sind diese Gewerkschaften nichts wert? Eines muß wohl sein, sonst könnten diese Organisationen in ihrer Werbekraft nicht so weit hinter den Zentralverbänden zurückstehen, obgleich nach wie vor die Arbeiterchaft es ist, die den Kirchen beider Richtungen den so mächtigen Einfluß gewährleistet. Ein gewaltiges Rekrutierungsgebiet liegt vor diesen „christlichen“ Gewerkschaften. Sie finden Anerkennung bei maßgebenden Vertretern der Regierung, die Kirchen setzen ihren Agitationsapparat für sie in Bewegung und doch geht es nicht recht vorwärts. Dies kommt einfach daher, daß die deutschen Arbeiter beginnen, zu vernünftig zu werden, als daß sie ihre Zugehörigkeit zu wirtschaftlichen Kampforganisationen von irgendeiner religiösen Anschauung abhängig machen sollten. Man hat ja auch versucht, den christlichen Gewerkschaften einen nicht so prägnanten Kampfescharakter zu geben als ihn die Zentralverbände haben. Dann mußte man aber voraussehen, daß diese Organisationen auf dem Gebiete der Unterstützung die Zentralverbände zu übertreffen suchen würden. Die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften legen hierauf Wert und rühmen sich, allerdings fälschlich, gerade auf dem Gebiete der Unterstützungseinrichtungen voraus zu sein. Wie es damit in Wahrheit aussieht, zeigt die folgende Aufstellung:

Es zahlten im Jahre 1905 an Arbeitslosenunterstützung:

	In Ver- bänden	mit Mit- gliedern	Insgesamt Mk.	pro Kopf der Mit- glieder Mk.
Zentralverbände	41	866 000	1 991 924	2.30
Hirsch-Dundersche Gewerksch.	16	115 717	193 746	1.67
Christliche Gewerkschaften	12	120 615	13 571	* 0.11

Die „Christlichen“ beschwinden mit ihren Leistungen ganz und die „Hirsch-Dunderschen“ bleiben weit hinter den Zentralverbänden zurück.

Nun könnte man aber sagen, vielleicht nicht bei der Arbeitslosenunterstützung, sondern im sonstigen Unterstützungsweesen sind die „friedliche“, „nationale“ und „christliche“ Anschauungen pflegenden Gewerkschaftsvereinigungen den Zentralverbänden voraus. Vielleicht gewähren sie ihren Mitgliedern auch einen größeren Rechtschutz und dergleichen. Aber auch hier stehen „Christliche“ und „Hirsch-Dundersche“ hinter den Gewerkschaften zurück. Nehmen wir alle Unterstützungen, die in diesen Organisationsgruppen gezahlt sind, zusammen, wobei allerdings die Krankenunterstützung und Begräbnisunterstützung auscheiden muß, weil diese bei den „Hirsch-Dunderschen“ aus besonderen Kassen und nicht von den Gewerkschaften geleistet wird, und rechnen die Ausgabe für Rechtschutz dazu und dividieren die Summe durch die der gesamten Mitgliederzahl, so erhalten wir folgendes Bild:

Es verausgabten im Jahre 1905:

	Mit- glieder- zahl	für Rechtschutz und Unterstützungen		für Aussperrungen, Streiks und Gemäßregelungen	
		Insgesamt Mk.	pro Kopf der Mitglieder Mk.	Insgesamt Mk.	pro Kopf der Mitglieder Mk.
Zentralverbände	1 344 803	8 761 622	2.79	10 160 859	7.55
Hirsch-Dundersche Gewerksch.	117 097	276 388	2.36	286 643	2.45
Christl. Gewerkschaften	188 106	178 168	0.92	1 000 320	5.32

Da in einigen größeren Zentralverbänden das Unterstützungsweesen wenig entwickelt ist, so kommen die Zentralverbände bei einer solchen Rechnungsmethode schlechter weg, als besonders die „Hirsch-Dunderschen“. Aber trotzdem bleiben diese noch recht nennenswert und die „Christlichen“ wiederum ganz gewaltig hinter den Zentralverbänden zurück.

Und nun gar bei der Streikunterstützung. Der „Christlichen“ verhalf der Bergarbeiterstreik zu ihrer großen Streikausgabe pro Kopf der Mitglieder. Der christliche Bergarbeiterverband setzte 436 445 Mk. als Ausgabe für den Streik und für Gemäßregelungen ein, während bei dem Bergarbeiterverband nur 20 000 Mark für Streikunterstützung und 15 188 Mk. als Unterstützung für Gemäßregelungen eingestellt sind.

Ob unter der von den „Christlichen“ verrechneten Summe sich auch die Ausgaben aus den Erträgen der Sammlungen befinden, läßt sich nicht feststellen. In die Einnahme sind bei dem christlichen Bergarbeiterverband 390 414 Mk. Extrabeiträge eingestellt, eine verhältnißmäßig hohe Summe gegenüber der Jahreseinnahme von 492 967 Mk. an regelmäßigen Beiträgen. Während des Streiks konnten diese Extrabeiträge doch nicht gezahlt werden, sofern man nicht als „Extrabeiträge“ rechnet, was man von anderen Personen und Vereinigungen, aber nicht von Mitgliedern erhält. Sollten die Mitglieder nach dem Streik diese große Summe an Extrabeiträgen aufgebracht haben?

Aber, gleichviel, sollte hier auch kein Rechtfertigungsbedürfnis liegen, so bleiben doch die „Christlichen“ und gar erst die „Hirsch-Dunderschen“ bezüglich geleisteter Unterstützung für Streiks, Aussperrungen und Gemäßregelungen weit hinter den Zentralverbänden zurück.

Auf dem Gebiete allgemeiner Unterstützung sowie in den Kämpfen vermögen es die „Christlichen“ den Zentralverbänden nicht gleichzutun. Damit erklärt sich, daß sie nicht annähernd die Werbekraft unserer Verbände besitzen, trotz aller sonstigen Hilfsfaktoren.

Die Leitung des „christlichen“ Gesamtverbandes sucht und findet aber eine andre Ursache für den geringeren Zuspruch zu den christlichen Gewerkschaften, als ihn die Zentralverbände haben. Es ist der „Terrorismus“ der letzteren, der die Arbeiter hindert, zu den „Christlichen“ zu kommen. Mit großem Behagen wird in dem Bericht erzählt, daß in etwa einem Duzend Fällen Strafantrag gegen die „Terroristen“ gestellt ist und diese zu Gefängnisstrafen von 14 Tagen bis zu 2 Monaten verurteilt wurden. Zum Schluß dieser Abhandlung heißt es:

„Wir sind überzeugt: einige kräftige Artikel in der sozialdemokratischen Presse mit dem Hinweis auf die Ungehörigkeit derartiger Agitationsmittel und die eventuell zu erwartende Bestrafung würden genügen, um terroristisch veranlagte Elemente verträglich zu stimmen. Solange dieses nicht geschieht, müssen die Bestrafen die Ursachen ihrer Verurteilung bei ihren „Erziehern“ suchen. Denn Brotlosmachung ihrer Angehörigen kann und wird die christliche Gewerkschaftsbewegung nicht als ein erlaubtes Mittel zur Bekämpfung geistiger Bewegungen anerkennen, selbst auf die Gefahr hin, daß in nächster Zeit umfangreichere Anzeigen erstattet werden müßten.“

Nette Brüder in Christo, die ihrem Herrn und Heiland würdig nachahmen. — Die Herren wissen sehr genau, daß von der sozialdemokratischen Presse es stets verurteilt ist, irgendwelche Zwangsmittel anzuwenden, um Arbeiter für die eigene Organisation zu gewinnen oder zum Austritt aus andern Organisationen zu bewegen. In der Regel handeln aber die von der „christlichen“ Gewerkschaftszentrale Vertretenden so unfolgsam, daß ein selbstbenutzter Arbeiter nicht mit ihnen zusammenarbeiten will. Vielfach gewinnt dieses unfolgsame Verhalten den Anschein, als sollte ein Vorgehen der andern Arbeiter provoziert werden, damit, wie es in dem Bericht auch erzählt wird, die Arbeitsstellen „einfach durch christlich organisierte Arbeiter besetzt“ werden können. Mit den zitierten Sätzen zeigen sich die Christlichen in ihrem wahren Charakter. Moralische Empfinden hindert uns glücklicherweise, so „christlich“ zu sein.

Mit einer Neuigkeit (neu von dieser Seite, von einer andern war sie vorher entdeckt) überraschte uns der „christliche“ Bericht. Es wird als nächstes Ziel darin bezeichnet, eine Verbindung aller nichtsozialdemokratischen Gewerkschaftsorganisationen herbeizuführen. Als solche werden angeführt: Christliche Gewerkschaften 300 000, Katholische Arbeitervereine 300 000, Evangelische Arbeitervereine 130 000, Katholische Gesellenvereine 75 000, Deutsch-nationaler Handlungsgesellenverband 81 000, Hirsch-Dundersche Gewerkschaften 120 000, zusammen 1 006 000 Mitglieder. Dabon sollen abgehen 100 000 Mitglieder, die wahrscheinlich zu mehreren dieser Organisationen gehören, und soll gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften eine „nationale“ Heeresmäule von 900 000 Kämpfern aufgestellt werden. Das wird ja eine nette Vereinigung werden. Die nicht ganz „judenreinen“ Gewerkschaften in Verbindung mit dem antisemitischen Handlungsgesellenverband.

Uns wäre es recht, wenn diese „glückliche Verbindung“ bald zustande käme. Mögen in diesen Gruppen auch noch so große Gegensätze vorhanden sein, in einem sind sie sich einig, in der Bekämpfung der modernen Arbeiterbewegung. Da ist es schon besser, die national-jüdisch-christlichen Heerführer geschlossen gegen sich zu haben, als stets gewärtig zu sein, von der einen oder andern Gruppe aus dem Hinterhalt angefallen zu werden.

Die Fortschritte, welche unsere Zentralverbände sowohl bezüglich der Ausdehnung, als auch der inneren Festigung im letzten Jahre wieder machten, lassen uns nicht zweifelhaft er-

Der Weise.

Von Maxim Gorki.

Es war einmal ein Weise. Er erkannte das traurige Geheimnis des Lebens: Das Geheimnis erfüllte sein Herz mit finsternen Schauern des Schreckens und in seinem Dunkel erschloß ihm traurig alles Lachen auf Erden und die Freuden farbten still dahin.

Mit dem kalten Auge seines Verstandes schaute er in die Tiefen der Zeiten und sah dort Finsternis; auch die Zukunft sah er ganz genau — auch dort war Finsternis.

Er ging die Wege seiner Heimat, die Straßen ihrer Städte und Dörfer; er ging, sein einfaches weißes Haupt wiegend, und im bunten Geräusch des Lebens konnte seine Predigt wie der traurige Klang von Sterbeglocken.

„Menschen! Ihr lebt zwischen Finsternis und Finsternis! Aus dem Abgrunde der Unwissenheit seid ihr hervorgegangen, im Nebel der Unwissenheit wandt euer Leben dahin, eifige Finsternis der Unwissenheit harret vor euch.“

Die Menschen hörten seine traurige Rede, verstanden ihre bittere Wahrheit und saßen und blickten schweigend in das Antlitz des Weisen. Aber nachdem sie ihn auf den einsamen Weg der Weisheit begleitet hatten, gingen sie wieder zu ihren Geschäften zurück und zu ihren Gastmählern. Sie aßen ihr Brot und tranken ihren Wein, der das Herz fröhlich macht; sie ergötzen sich am Spiel ihrer Kinder und vergaßen ihre Nöte und das Elend, von dem sie eben erfahren. Sie kämpften gegeneinander um Reichtum und Besitz und hörten gerührt die Predigt der Liebe: mit Händen, vom Blute des Nächsten gerötet, liebten sie die ihrem Herzen angenehmen Schönen und mit Verräterlippen küßten sie ihre Freunde.

Sie stahlen einander Hab und Gut, und nachdem sie durch Diebstahl reich geworden, verteidigten sie hitzig das Eigentum. Ohne Schein lügend und betrügend, sagten sie alle, daß die Wahrheit die Herrin des Lebens sei. Und es gab sogar einige, die an die wohlthätige Macht der Wahrheit glaubten und für ihren Glauben litten. Und die Menschen liebten die Musik und weinten glücklich bei ihren Klängen, sie entzückten sich an der Schönheit — aber um sich herum duldeten sie das Häßliche und taten Widriges. Sie knechteten einander und sagten, daß sie nach Freiheit lechzten; sie verachteten die unter ihnen Stehenden — und wie ewig ver-

schlagene Tiere haften sie unheimlich ihre Herrscher. Und stets wähten sie, das Gute komme ihnen von außen, und verstanden nicht, es in sich selbst zu erschaffen. Denn sie waren erfüllt von kleinsten Sorgen um die Bequemlichkeiten des Lebens; ihren Verstand erschöpften sie mit Feindschaft und Lüge, mit plumpen Schlaubeiten, damit ihre unerfüllliche Gier nach den irdischen Gütern gestillt werde. So lebten diese komischen Ränge wie schmutzige Schweine und hielten sich für gefallene Engel.

Und ihr Leben glich einem schmutzigen Vulkan, einem unerschöpflichen Vulkan, der in die lichten Regionen der Himmel den verpesteten Brodem von Gestöhn und Wehklagen ausströmte, die flebrige Asche der Leiden und des Kummers und den stinkenden Unflath tierischer Begierden emporwarf.

Einsam wandelte der Weise durch die Eitelkeiten der Erde und sprach mit der Stimme der Unwissenheit: „Was ist das Leben? Ihr wißt es nicht. Was ist Wahrheit? Ihr könnt es nicht sagen. Und wozu seid ihr da? Auch das ist euch unbekannt. Seht! Dieses ist euer Unglück.“

Und da er sah, wie ein Liebender seine Geliebte umarmte, redete er traurig zu ihnen: „Der Tod wartet auf euch und eure Nachkommen!“

Und da er sah, wie Menschen sich prächtige Wohnungen einrichteten, redete er vorwurfsvoll: „Das alles ist reif für den Untergang!“

Und da er Kinder sah, die in den Blumen einer Wiese, selbst Blumen gleichend, spielten, seufzte er und sprach in seinem Herzen: „Die Ernte des Todes sehen meine Augen!“

Und da hörte er, wie einer von den Weisen des Lebens, die seiner Seele, die die finstere Weisheit des Todes erkannt hatte, fremd und feind waren, in einem Tempel der Wissenschaft die Jugend in ihren wunderbaren Geheimnissen unterwies, redete er lachend: „Beschränktheit ist deiner Weisheit Name. Denn die Erde wird untergehen und alle ihre Tempel und Wissenschaften und ihre Wahrheiten und Lügen, und du kennst nicht einmal Tag und Stunde deines eigenen Unterganges!“

Aber eines Tages sah der Weise am Rande einer lärmenden Stadt, in einer dunklen, schmalen Gasse, voll Schmutz und Armut, im Dunst und Gestank und Fäulnis, eine gedrängte Menge Arbeiter. Einer hielt eine Rede. Und der Weise war erstaunt, wie sie zuhörten; niemals hörten die Menschen seine Predigten

mit solcher Aufmerksamkeit und Gier. Und ein schmerzlicher Stachel des Neides traf das Herz des Weisen.

„Genossen!“ sprach der Redner zu den Arbeitern; „wir liegen im Schlamm unserer Fron, gleich Steinen am Grunde des Flusses, und über uns hin strömt das Leben unserer Unterdrückten. Wir sind ihnen nur Stufen und auf unsern Leibern steigen sie empor in lichte Höhen, und von dort richten sie die Kräfte ihres Verstandes gegen uns, um unsre Seelen noch mehr zu knechten. Sie wissen alles — wir nichts; sie leben — wir haben noch nicht gelebt; ihnen ist alle Weisheit bekannt — uns nur Märchen; alles Rechte ist in ihren Händen — in unsern nichts, und nicht einmal Brot haben wir genug, uns satt zu essen. Sie haben uns unterjocht und sind überfätig, aber siehe, bald wird unser Hunger die Ueberratten besiegen, denn ihr Geist ist kraftlos, wir aber sind stark und lebensvoll, denn wir leben im Leben des Geistes. Wir wollen wissen, wir wollen Menschen sein, wir wollen leben. Wir wollen unsre gierige Seele mit aller Weisheit der Erde tränken, wir wollen alles, was schon da ist, und wir wollen schaffen, was noch nicht da ist!“

„Mensch!“ sagte der Weise mit herablassendem Lächeln. „Irrtum ist deiner Worte Name. Begrenzt ist die Erkenntnis der Menschen, nie werden sie mehr wissen, als wozu sie fähig sind. Und es wird dir, wenn du untergehst, nicht gleich sein, ob du dann hungrig bist oder überfätig, gleich jenen, gegen die du die schwachen Stacheln deiner Weisheit richtest. Und gilt es nicht gleich, ob du als Unwissender dich in die Gruft legst oder eingehüllt ins kalte Leichengewand jener nachtigen Lehren deiner Unterdrückten? Denke daran! Alles auf Erden und die Erde selbst wird in den Abgrund der Vergessenheit hinabstürzen, in den bodenlosen Strudel des Todes!“

Die Arbeiter blickten ihm schweigend ins Antlitz und regungslos hörten sie die weise Rede. Und kalt-gauckam lehnten sie schließlich seine Worte ab.

Da sagte einer zu seinen Genossen: „Matwej! Wir tut die Hand wech, gib du dem alten Affen eins ins Genick!“

Das ist alles!
Natürlich gebe ich zu, es ist etwas grob, dieses Arbeitervolk. Aber ist es seine Schuld? Wer hat es jemals gute Manieren gelehrt?

scheinen, daß das Feld über kurz oder lang den auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Gewerkschaften gehören wird.

Wirtschaftliche Rundschau.

Glänzende Ziffern des englischen Außenhandels im Juli. — Das letzte Rekordhandelsjahr in den Vereinigten Staaten. — Preissteigerungen der meisten großen Welthandelsartikel. — Die Bewegung der Eisenpreise. — Dividendenrückstellungen.

Jede Woche bringt neue Belege für das Anhalten der weltwirtschaftlichen Hochkonjunktur, die unsern kapitalistischen Glückspilgen noch immer fortschreitende Gewinne verspricht.

Sobald erschien z. B. — im Vergleich zu unsern deutschen Veröffentlichungen ausnehmend frühzeitig — die englische Handelsstatistik für den Monat Juli. Danach erreichte England im Export englischer (und irischer) Erzeugnisse* eine Rekordziffer, wie sie noch kein früherer Monat Juli aufzuweisen hatte. Die verzeichneten 33 442 962 Pfund Sterling stehen um 5 621 911 Pfd. Sterl. oder um volle 20,2 Proz. über dem vorjährigen Juli. Die Genugtuung darüber kommt um so stärker zum Ausdruck, als die Chamberlainische Agitation solange auf die dunklere Seite der englischen internationalen Konkurrenzstellung hingewiesen und die alte britische Selbstzufriedenheit stark erschütterte hatte. Das Monatsergebnis ist um so befriedigender, als fast vier Fünftel des Exportzuwachses, nämlich 4 430 942 Pfd. Sterl., auf die Mehrausfuhr von Ganz- oder Halbbräunlingen entfallen, der notwendigerweise umgekehrt eine starke Mehrausfuhr von Lebensmitteln, Roh- und Hilfsstoffen entspricht. An Eisen und Stahl aller Art wurden beispielsweise im Juli 1906 mehr exportiert: 64 968 Tons im Werte von 637 367 Pfd. Sterl. (gleich 17,9 Proz. mehr der Menge nach, und 22,1 Proz. mehr dem Werte nach) — an Maschinen 310 885 Pfd. Sterl., an neuen Schiffen 17 908 Tons oder 348 255 Pfd. Sterl., an Baumwollgarnen 1 014 100 Gewichtspfund oder 195 325 Pfd. Sterl. (gleich 6,2 und 23,8 Proz.), an Baumwollstoffen 63 087 800 Yards oder 1 140 714 Pfd. Sterl. (gleich 12,8 und 19,4 Proz.), an Wollwaren 510 829 Pfd. Sterl., an andern Textilwaren 154 170 Pfd. Sterl., an Chemikalien 125 330 Pfd. Sterl., an Rohwaren 51 399 Pfd. Sterl. und so fort.

Für die Vereinigten Staaten lernen wir nunmehr die provisorischen Ziffern für das abgelaufene Fiskaljahr 1905/06 (1. Juli 1905 bis 30. Juni 1906) kennen. Auch hier wurde alles bisher Erlebte überboten. Bisher war im Import 1904/05 schon das Rekordjahr; sein Nachfolger (mit einer Gesamteinfuhr im Werte von 1 226 615 379 Dollar) überbot es noch um über 109 Millionen Dollar. Legt man den U.S.F.Z.-Ziffern die größere Bedeutung für die Kennzeichnung des lebhafteren oder schlafferen Geschäftsmangels bei, so stößt man auf ganz das gleiche Bild. Hier stellte das Vorjahr mit 1 518 561 666 Dollar gleichfalls den bisher erklimmten Gipfel dar; das Jahr 1905/06 brachte es hoch darüber hinaus, nämlich bis auf 1 748 763 612 Dollar. Diese Ziffern sind um so bemerkenswerter, als die Vereinigten Staaten als Lieferanten von Rohstoffen aller Art (Breadstuffs, Weizen, Mehl, Mais etc.) in früheren Jahren viel höhere Leistungen erzielten. Im ganzen war auf diesem Gebiete 1900/01 der Höhepunkt, da hier Rohstoffe im Werte von 266 806 188 Dollar außer Landes gingen; 1902/03 waren es noch immer 218 043 296 Dollar, dieses Jahr (1905/06) nur 177 350 476 Dollar — was aber immer noch über das, in dieser Beziehung schlechte Vorjahr (1904/05 nur 101 107 417 Dollar breadstuffs export) hinausgeht. Die vollen Einzelheiten sind noch nicht zu übersehen. Aber jedenfalls hat die Entwicklung Amerikas zu einem industriellen Exportland weitere Fortschritte gemacht. Ein großer Teil des diesjährigen Ausfuhrzuwachses ruht allerdings auf den reichlichen Baumwollverschiffungen und den besseren Baumwollpreisen, also immerhin auf agrarischer Grundlage, obwohl hier die Landwirtschaft nicht des Nordens und Westens, sondern des Südens mit seiner farbigen Bevölkerung in Frage steht. Den Baumwolldurchschnittspreis berechnet die amerikanische Handelsstatistik für 1905/06 mit 10,9 Cent pro Pound, für 1904/05 dagegen mit 8,8 Cent; als Gesamtwert der Baumwollausfuhr ergaben sich 400 426 967 Dollar — die höchste jemals erzielte Wertziffer — gegen 370 743 454 Dollar im Vorjahre 1904/05. Der Menge nach würde sich hier freilich das Bild umkehren, aber für den Farmer ist natürlich der Gesamterlös das Westende.

Einen ganz bezeichnenden Niederschlag der weltwirtschaftlich-algemein starken Nachfrage findet man in den Preissteigerungen der großen Welthandelsartikel, seien sie nun Rohstoffe, Halb- oder Fertigfabrikate. Für die Wollpreise bearbeitet seit Jahren ein Statistiker sogenannte Indexpreise für eine feststehende Liste von Waren. Den Durchschnitt des Jahresbetrags 1889/98 setzt er dabei gleich 100, alle Marktpreise rechnet er dabei in Verhältniszahlen um. Unter andern ergibt sich dabei, die Notierung des jeweils wichtigsten deutschen Zentralmarktes zugrunde gelegt:

	im Durchschnitt	im Juni 1906	
	1904	1905	
Für Häute und Felle . . .	123,6	132,1	143,2
" Wolle . . .	121,5	127,6	151,1
" Rohseide . . .	91,7	97,1	100,3
" Hanf . . .	114,0	114,1	124,8
Für Zute . . .	117,9	152,5	208,7
" Giebereiisen . . .	99,4	100,5	114,8
" Blei . . .	103,6	118,9	142,8
" Kupfer . . .	120,1	146,1	170,5
" Zink . . .	119,7	136,1	144,9
" Zinn . . .	159,3	180,9	222,0

Besonders die Materialien für die Metallindustrie aller Art, für die Elektrotechnik, aber nicht minder für die Leder- und Textilindustrie haben sich demnach enorm erhöht. Wenn die Baumwolle scheinbar eine Ausnahme macht (1904 136,7, 1905 111,7, im letzten Juni 122,4), so liegt das an den ausnahmsweisen Ernteverhältnissen und der Baumwollknappheit der letzten Jahre; immerhin ist ein Höhepunkt um 22,4 Prozent gegen den Durchschnitt der zehn Jahre 1889/98 ganz ansehnlich.

Eine andre, unterdes durch weitere Preissteigerungen schon wieder überholte Tabelle entnehmen wir dem Jahresbericht des Berg- und Hüttenmännischen Vereins in Siegen für 1905. Danach stellten sich die Preise (ab Siegen, bezw. Hütte) für

	in der Berichtszeit	im Jahre vorher
Bubdeleisen . . .	68	56—59
Stableisen . . .	70	58—61
Spiegeleisen 6/8 . . .	71	59—62
Giebereiisen I. . .	78	65—71
" II. . .	78	63—67
Bessemerisen 2% St. . .	72—74	60—63
Walzenaußenisen . . .	70—72	58—60
Spiegeleisen 8/10 . . .	91	64—67
" 10/12 . . .	93	66—69
" 12/14 . . .	95	68—71
" 14/16 . . .	98	71—74
" 18/22 . . .	130	89—90

Dabei schreibt soeben die Rheinisch-Westfälische Zeitung: man rechnet vom nächsten Januar ab mit einer „Preiserhöhung von mindestens 3 Mk. die Tonne Giebereiisen“; „auch in

Halbzeug soll, wie gerüchtweise verlautet, eine Preiserhöhung nicht ausgeschlossen sein“.

Dem entsprechen die letzten veröffentlichten Geschäftsergebnisse eine Dividende von 15 Prozent gegen 12 Prozent im Vorjahre. Das Eisen- und Stahlwerk Hoersch verteilt gleichfalls 15 Prozent, bei starken Reserven und sonstigen Dotierungen, gegen 12 Prozent im abgelaufenen Geschäftsjahr. Die Friedrichshütte in Neunkirchen war im Geschäftsjahr ganz dividendenlos geblieben und kommt jetzt auf 10 Prozent; die Schächische Gußstahlfabrik Döhlen schlägt 20 statt 15 Prozent Dividende vor.

Nur den Arbeitern gegenüber bleibt die heutige Wirtschaftsordnung karg mit der Beteiligung an dem Aufschwung. Berlin, 12. August 1906. Mag Schippel.

Vom sächsischen Juwel.

Der Leiter der Zählstelle Wurzen, Kollege Noack, erhielt vor einiger Zeit einen Strafbefehl von 50 Mk. zugesandt, weil er das Vereinsgesetz übertreten haben sollte. Er hatte in einem Dorfe mit den Mitgliedern eine Zusammenkunft abgehalten, um den Verbandsmitgliedern und Funktionären einige Aufklärung zu geben, da sie erst neu der Organisation beigetreten waren. Der Herr Gendarm verwandte nun seine ganze Kraft darauf, eine Gesetzesübertretung zu entdecken und so erfolgte denn auch die Anzeige und kurze Zeit darauf der Strafbefehl. Das Burgener Schöffengericht verhandelte nun am 23. August über den Fall. Es verurteilte den Kollegen Noack zur Zahlung einer Geldstrafe von 50 Mk. und zur Tragung der Kosten. Kollege Noack versuchte vergeblich, dem Gericht auseinanderzusetzen, daß er gar keine Versammlung abgehalten habe. Werde diese Zusammenkunft als eine Versammlung angesehen, dann müßte ja jedes polizeilich nicht angemeldete Zusammentreffen mit drei oder fünf Arbeitern bestraft werden. Half alles nichts. Noack muß begahnen. Die Verwaltung im Einverständnis mit dem Zentralvorstand wird eine höhere Instanz in dieser Frage entscheiden lassen. Somit ist also die Angelegenheit noch nicht erledigt.

Welche Blüten das sächsische Vereinsrecht weiter zeitigt, lehrt folgender Fall:

Wenn unser Kollege Noack bei der Amtshauptmannschaft Versammlungen anmeldete, mit dem Punkte: Berufliches, so wurde derselbe immer gestrichen. Gegen diese Auslegung des Vereinsgesetzes wurde Beschwerde geführt. Der Beschwerdeführer erhielt darauf folgenden Bescheid:

Herrn Richard Noack in Wurzen!
Nachstehend Abschrift des Beschlusses der königlichen Kreisshauptmannschaft Leipzig vom 8. August 1906 auf seine unterm 17. Juli d. J. an die königliche Kreisshauptmannschaft Leipzig gerichtete Beschwerde zur Bescheidung zuzufertigen. Nachberechnete Kosten sind durch Nachnahme erhoben worden.
D. Dietrich.

Beschluß der königlichen Kreisshauptmannschaft Leipzig vom 8. August 1906.

Der Amtshauptmannschaft zu Grimma die Beilagen mit dem Eröffnen zurückzugeben, daß die königliche Kreisshauptmannschaft, kollegial zusammengesetzt, auf die Beschwerde Noacks zu dessen Gunsten etwas nicht zu verfügen gehabt hat.

Unter dem Gesichtspunkte des Rekurses war sie als veräußert zurückzugeben. Die angefochtene Entschlieung ist spätestens am Versammlungstage, dem 3. Juli 1906, in die Hände Noacks gelangt, denn in der Versammlung selbst ist sie bereits kritisiert worden. Die Eingabe Noacks dagegen ist erst am 18. vorigen Monats hier eingegangen. Damit war die 14 tägige Frist, binnen deren der Rekurs bei Verlust nach § 31, Abs. 2 Organ-Ges. — eingewendet werden muß, abgelaufen. Aber auch von Aufschwungswegen war die Entschlieung der Amtshauptmannschaft nicht oberbehördlich richtig zu stellen. Die Versammlung ist als öffentliche — auf ein einzelnes Gewerbe nicht beschränkt — Gewerkschaftsversammlung von Noack und Bachmann ohne Ständeanzeige mit einem Vortrag über wirtschaftliche Kämpfe der Gegenwart durch Mag Ruder, von welchem wiederum der Stand fehlt, angemeldet. Für eine solche allgemeine Versammlung entbehrt die Bezeichnung „Berufliches“ als Gegenstand der Tagesordnung allerdings ausreichender Bestimmtheit hinsichtlich der nach § 2 des Vereins- pp. Gesetzes erforderlichen Zweckangaben.

Die Kosten des Verfahrens treffen den Beschwerdeführer. (gez.) v. Wolf.

Weil also der Beruf des Berufers und des Referenten nicht angegeben war, hat man den Punkt Berufliches verboten, also die Öffentlichkeit darf nicht wissen, was für Mißstände in den Steinbrüchen bestehen. Wir werden dafür sorgen, daß die Verufe das nächste Mal genau angegeben werden, damit wir uns einmal über die Frauenarbeit und Sonntagsarbeit aussprechen können.

Der Mörder ist entlassen.

In Nürnberg hat ein Streikbrecher auf einen Leiter des Metallarbeiterstreiks in der Automobilfabrik Union geschossen, als dieser friedensfindend zwischen den provokierten Ausständigen und Streikbrechern vermitteln wollte. Der Mörder schoß auf sein Opfer, als dieser gerade herbeizog, sein Friedenswerk zu beginnen. Der in die Brust Getroffene wendete sich um; da feuerte der Mordbube noch zwei Schüsse in den Rücken des schon auf den Tod wunden Mannes!

Man trug den Schwerverletzten, den Vater von vier Kindern, ins Krankenhaus.

Der Mörder wurde verhaftet.

Im Krankenhaus starb das Opfer des Mordbuben.

Der Mörder aber wurde aus der Haft entlassen!

Laufende und Ubertausende von Klassenossen gaben dem von ruchloser Hand gefallenen Mitkämpfer das letzte Geleit. Nach dem Begräbnisse zogen sie unter dumpfem Trommellange an der Fabrik vorbei, in welcher der Lohnkampf tobt, der den Anlaß zu dem tragischen Vorkommnisse gab.

Da erfuhren sie es:

Der Mörder ist aus der Haft entlassen!

Die Menge stautte sich, dumpfer Groll schwall in ihr empor.

Aber die Polizei sorgte für „Ordnung“. Sie jagte die Leute fort. Was wollte man noch?

Der Mörder war ja aus der Haft entlassen!

Da nahm ein zweiter Streikbrecher einen Dolch und stieß ihn einem Streikposten in die Brust. Nur dem Zufall, daß das Wundinstrument an einer Rippe abglitt, verbannt dieses andre Opfer einer ungeheuerlichen Verrohung sein Leben.

Auch der zweite Schandbube wurde verhaftet. Am andern Tage aber wurde auch er aus der Haft entlassen!

Der dumpfe Groll der Massen löste sich in helle Empörung auf. „Pfui“ rufend zogen sie vor die Fabrik, zogen sie auf den Schauplatz dieser Schandthaten.

Da griff die Polizei „fester“ zu und zerstreute die Menge gewaltsam.

Für den Freitag (24. August) abend traf die Polizei ihre Vorbereitungen. Fast die gesamte Schutzmannschaft Nürnbergs zu Fuß und zu Pferde, an die 100 Mann, war aufgezogen, um die Regensburger Straße zu „säubern“, in der die Fabrik liegt. Als wieder Demonstrationen begannen, schritt nach den vorliegenden Telegrammen die Schutzmannschaft ein. Aber die Menge wich nicht, sondern verteidigte sich! Aus den Wirtschaften, in

welche sich die Leute gesammelt hatten, wurde die Polizei mit Kläffern, Flaschen und Steinen geworfen.

Die Beamten drangen darauf in die Wirtschaften ein und räumten diese. Es kamen etwa 30 Verletzungen von Zivilpersonen vor; auch mehrere Schutzleute wurden verletzt.

Gegen 1/11 Uhr rückte ein Bataillon Infanterie an und sperrte die Regensburger Straße ab.

Neun Schutzleute sind durch Messerstiche und Giebe verletzt. Einigen Schutzleuten ist die Uniform vollständig zerrissen worden. Neun erheblich verletzte Aufseher haben im Krankenhaus Aufnahme gefunden. Eine größere Anzahl weniger schwer Verletzter entzog sich der ärztlichen Behandlung. Man schätzt ihre Zahl auf 200. Ein 19-jähriger junger Mann, der angeblich aus einem Wirtschaftszimmer einen Revolver schuß auf einen Schutzmann abgab, wurde verhaftet.

Militär und Polizei gegen eine mit Recht empörte Menge! Der Mörder aber ist entlassen! —

Rundschau.

Demonstration für die Verkürzung der Arbeitszeit. Die belgischen Gewerkschaften veranstalteten kürzlich in Brüssel einen großartigen Demonstrationstanz zugunsten des verkürzten Arbeitstages. Der Vorbeimarsch der Demonstranten, deren Zahl sich auf etwa 70 000 belief, dauerte 1 3/4 Stunden. Einige hundert kleine Mädchen, die barfuß und in Arbeitskleidern aus den Ziegeleien von Boom mitmarschierten, stellten einen eindrucksvollen Protest gegen die Kinderarbeit dar, ebenso die kleinen Mädchen und Frauen aus den Flachstammereien von Gent, die Fahnen trugen, auf denen stand: „Wir wollen lieber in die Schule und nicht in die Fabrik!“ Der Zug war außerdem begleitet von Musikkapellen. Viele rote Fahnen mit Aufschriften wurden mitgeführt.

Massenstreik und Auswanderung. Wie El Socialista meldet, nimmt die Auswanderung in Spanien ungeheure Dimensionen an. Dem Beispiel von Boada, dessen Einwohner insgesamt nach Argentinien auswanderten, folgt nun Bejar, wo Arbeiterversammlungen stattfanden, in denen man über eine gemeinsame Auswanderung nach irgendeiner amerikanischen Republik beriet, denn: „Es bleibt uns kein andres Mittel, unserm Elend zu entfliehen; alle Bitten, Forderungen, Klagen verhallen, da alle die Gewaltigen, die uns helfen könnten, im Dienste des Kapitalismus stehen und mithelfen, daß wir verhungern, während wir sie bereichern.“

Der Achtstundentag. Der Stadtrat von Salamanca hat der Forderung der sozialistischen Partei nachgegeben und seinen Angestellten den Achtstundentag bewilligt.

Strafen für freventliches Bauunternehmertum. Die größte Baukatastrophe, die sich am Mittwoch, den 9. Mai, in der Jakobstraße in Halle a. S. zutrug und zur Folge hatte, daß der Bauarbeiter Mappes getötet, der Bauarbeiter Carl durch den Bruch der Wirbelsäule schwer, und der Maurer Becker leicht verletzt wurde, beschlagnahmte kürzlich die Strafkammer. Angeklagt waren wegen fahrlässiger Tötung, fahrlässiger Körperverletzung und Verstoßes gegen die Regeln der Bauordnung der Ziegeleibesitzer und Bauunternehmer Karl Lütich und der Bauunternehmer Gustav Ufer. Beide hatten, Lütich zur Errichtung eines 8 Meter hohen Stalles und Ufer zur Herstellung einer Werkstelle, auf ihren Grundstücken nebeneinander Mauern aufgezogen, die schlecht fundamenterte, teils zu schwach und mit sehr schlechtem Mörtel gemauert waren. Als die drei Bauarbeiter sich in der Mittagsstunde etwas ausruhten, brachen die Gebäude zusammen und verschütteten die Angestellten. Die Angeklagten wollen sich bei der Baurer nicht schuldig bekennen. Als aber Lütich durch den Maurer Meyer und durch Ufer gewarnt worden war, sagte er noch: „Macht nicht solchen Käse, das steht schon.“ Nach den Bestimmungen der Bauordnung sollen zum Mörtel auf einen bestimmten Teil Kalk nur drei, im ungünstigsten Falle sieben Teile Sand verwendet werden. Lütich hatte aber mit Mörtel aus einem Prozent Kalk und 47 Prozent Sand mauern lassen. Die Bindefähigkeit war dadurch natürlich stark beeinträchtigt. Der Polizeibauinspektor Rosenbaum, den die Angeklagten als Befangen ablehnen wollten, sagte aus, als er den Arbeitern nach dem Geschehnisse erklärt hätte, wie sie unter solchen Umständen hätten überhaupt nur noch arbeiten können, da hätten die Arbeiter entgegnet: „Ja hätten wir uns beschwert, dann hätten wir unsere Arbeit verloren.“ Die Angeklagten wurden antragsgemäß mit je zwei Wochen Gefängnis bestraft. — Man vergleiche nun diese Strafen beispielsweise mit den Strafen, die häufig gegen freilebende Arbeiter wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung verhängt werden!

Zentralorganisierte und „Christliche“. Eine Aufsehen erregende Entscheidung fällt das Schöffengericht in Rixdorf. Hier im Zentralverband der Maurer Deutschlands organisierte Maurer arbeiteten auf einem Bau mit einigen Christlichorganisierten zusammen. Die Zentralorganisierten suchten die „Christlichen“ wiederholt zum Eintritt in den Zentralverband zu bewegen und erklärten diesen schließlich, daß sie im Weigerungsfalle nicht mit ihnen weiter zusammen arbeiten wollten, sondern die Arbeit niederlegen würden. Da die „Christlichen“ fest blieben, legten in der Tat die Zentralverbändler die Arbeit nieder. Die sie in der Mehrheit waren, sah sich der Polier veranlaßt, die „Christlichorganisierten“ zu entlassen, worauf die andern die Arbeit wieder aufnahmen. Die entlassenen Arbeiter brachten den Fall zur Anzeige. Der Amtsanwalt beantragte gegen die des Vergehens gegen § 153 der Reichsgewerbeordnung Angeschuldigten je zwei und drei Wochen Gefängnis. Das Schöffengericht erkannte jedoch auf Freisprechung. Die gemeinsame Arbeitseinstellung der Verbändler sei ihr gutes Recht, dafür könnten sie nicht zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen werden. Drohungen gegen die „Christlichen“ seien den Angeklagten nicht nachgewiesen worden. Die Bedingungen für die Wiederaufnahme der Arbeit könnten sie nach ihrem freien Ermessen aufstellen. Die Christlichen werden nun wieder heulen über den „unerhörten“ Terrorismus der „Freien“.

Literarisches.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 48. Heft des 24. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes hebt wir hervor: Amnestie, Partei und Gewerkschaft. Von K. Rautsky. — Bemerkungen über Rassenshygiene und Sozialismus. Von Oda Oberg (Rom). — Die Kriegsschule und das Bildungsproblem. Von Otto Geithner. — Die wirtschaftlichen Ursachen der revolutionären Gärung in der Türkei. Von Alexander S. Zantoff. — Literarische Rundschau: Emma Adler, Die berühmten Frauen der französischen Revolution. Von O. L.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 Mark pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennige. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Kollegen! Agitiert für eure Organisation!

* Also ohne Berücksichtigung des Reexportes, der Wiederausfuhr vorher eingeführter Baumwolle, Kolonialwaren, kontinentaler Fabrikate usw., wo England nur als internationaler Zwischenhändler erscheint.